Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

TÄTIGKEITSBERICHT



2025

BERLIN

Impressum

Berliner Beauftragter zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Str. 4 B
10369 Berlin

Tel.: (030) 24 07 92 – 0
Fax: (030) 24 07 92 – 99

E-Mail: info@aufarbeitung-berlin.de
Web: www.aufarbeitung-berlin.de

Redaktion:
Frank Ebert, Cecilia Reible
Redaktionsschluss:
11. Mai 2026
Lektorat:
TEXT-ARBEIT, Dr. Stephan Lahrem
Layout und Satz:
www.dunkelau-lemke-stach.de
Druck:
www.spreedruck.de





Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

32. Tätigkeitsbericht des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

BERICHTSZEITRAUM:
1. Januar bis 31. Dezember 2025
Vorgelegt dem Abgeordnetenhaus von Berlin

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Franz-Jacob-Str. 4 B
10369 Berlin
Tel.: (030) 24 07 92 – 0
Fax: (030) 24 07 92 – 99

info@aufarbeitung-berlin.de
www.aufarbeitung-berlin.de

Juni 2026

BERLIN

INHALT

1. VORWORT 4

2. HÖHEPUNKTE 2025 6

STORY: KEIN SCHLUSSSTRICH: BERLINER INTERESSIEREN SICH WEITERHIN FÜR DIE DDR 16

3. AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR IM LAND BERLIN 22

3.1 Freiheit 23

3.2 Weiterentwicklung des Campus für Demokratie 26

3.3 Ehemalige Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße 27

3.4 Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene 28

3.5 Arbeitskreis II der Berliner und Brandenburger Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen 30

3.6 Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten 31

3.7 Erinnerungskultur 32

STORY: 28. BUNDESKONGRESS ZUR AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR IN BERLIN 36

4. BERATEN 42

4.1 Übersicht über die Gesetzesänderungen 43

4.2 Bürgerberatung 45

4.3 Härtefallfonds 52

4.4 Vernetzung 56

STORY: HEILUNG AUF DEM PFERDERÜCKEN 58

5. FÖRDERN 62

5.1 Förderung von Beratungs- und Betreuungsprojekten 64

5.2 Förderung von Projekten zur Bildung und zur historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur 66

STORY: UMSONST UND DRAUSSEN. CAMPUS-KINO IN DER EHEMALIGEN STASI-ZENTRALE 74

6. AUFKLÄREN 78

6.1 Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins 79

6.2 BAB-Schulprogramm 82

6.3 Kooperationsveranstaltungen 85

6.4 Campus-Kino 87

6.5 Publikationen 87

6.6 Beiträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BAB bei Veranstaltungen Dritter 87

7. AUSBLICK 88

8. ANHANG 90

8.1 Richtlinie Härtefallfonds 91

8.2 Übersicht BAB-Projektförderung 2025 94

8.3 Team 96

1. VORWORT

„Die Auseinander-setzung mit der SED-Diktatur zeigt uns, dass Freiheit niemals selbstver-ständlich ist."

Frank Ebert,
Berliner Aufarbeitungsbeauftragter

Beraten, Fördern, Aufklären – diese Schlagworte beschreiben die Kernaufgaben des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Ein wesentlicher Fokus der Arbeit ist die Unterstützung der Menschen, die in der SBZ/DDR verfolgt wurden, und zum Teil bis heute unter den Folgen leiden.

Für die Betroffenen brachte das Jahr 2025 wesentliche Neuerungen. Zu Jahresbeginn beschloss der Deutsche Bundestag die lange diskutierte Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Die Neuregelungen können in vielen Fällen die Lage von ehemals Verfolgten erheblich verbessern: von der Erhöhung und Dynamisierung der Opferrente über den Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung und die vereinfachte Anerkennung von Gesundheitsschäden bis hin zu Einmalzahlungen für Betroffene von Zwangsaussiedlungen und Zersetzungsmaßnahmen. Auch wurde ein bundesweiter Härtefallfonds zur Unterstützung wirtschaftlich bedürftiger Betroffener eingerichtet. Die Gesetzesnovellierung führte im Berichtsjahr dazu, dass die Zahl der an den BAB gerichteten Beratungsanfragen spürbar anstieg.

Im April 2025 richtete ein Team des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten den jährlichen Bundeskongress zur Aufarbeitung der SED-Diktatur aus. An der Veranstaltung nahmen rund 200 Gäste aus ganz Deutschland teil. Der BAB arbeitete außerdem weiter an der Evaluierung der Aufarbeitung im Land Berlin: Im November wurde die dritte Teilstudie veröffentlicht, die sich mit dem Wissen und den Einstellungen der Berlinerinnen und Berliner zur DDR beschäftigt.
Die historisch-politische Bildungsarbeit und die Förderung von Projekten, die sich mit der kommunistischen Diktatur und ihren Folgen auseinandersetzen, bilden weitere Schwerpunkte der Tätigkeit des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Im Berichtsjahr haben wir nicht nur an den 35. Jahrestag der Deutschen Einheit erinnert, sondern mit vielen Veranstaltungen und Projekten die Freiheit gefeiert. So fand im Herbst 2025 erstmals die Berlin Freedom Week statt, die vom BAB mitinitiiert wurde.

Im 32. Tätigkeitsbericht blicken wir also auf ein ereignisreiches Jahr 2025 zurück. Die folgenden Seiten geben einen Einblick in die vielfältigen Aufgaben und Tätigkeiten unserer Behörde in all ihren Arbeitsbereichen. Möglich ist diese Arbeit nur dank des engagierten Einsatzes der BAB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dank der guten Zusammenarbeit mit Institutionen und Kooperationspartnern und dank der verlässlichen Unterstützung aus Politik und Verwaltung. Dafür sei an dieser Stelle allen Beteiligten herzlich gedankt.

2. HÖHEPUNKTE 2025

„Ein starkes Gemeinwesen lebt von Begegnung. Und dort, wo wir einander begegnen, (...) da wächst Verständnis und Mitgefühl, da entsteht Solidarität."

Bundespräsident Dr. Frank Walter Steinmeier
am 23. Mai 2025 bei der Auftaktveranstaltung
zum Ehrentag 2026 im Schloss Bellevue



16. Januar 2025

BAB Frank Ebert stellt den Tätigkeitsbericht 2023 im Abgeordnetenhaus von Berlin vor. Der Aufarbeitungsbeauftragte erinnert in seiner Rede an die Jahrzehnte des Widerstands und der oppositionellen Arbeit in der DDR, die der Friedlichen Revolution und dem Mauerfall vorausgingen: „Wir können unsere erkämpfte Freiheit nicht hoch genug wertschätzen und müssen sie bewahren!“



30. Januar 2025

Die Landesbeauftragten und die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke (1. Reihe Mitte) sowie einige Betroffene verfolgen auf der Besuchertribüne des Bundestags die Abstimmung zur Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Die Gesetzesänderung sieht unter anderem eine Erhöhung der Opferrente, Erleichterungen bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden und einen bundesweiten Härtefallfonds vor.



12. Februar 2025

„Hinterm Horizont macht Schule", ein Projekt der Udo Lindenberg Stiftung, wird im Metropoltheater Bremen aufgeführt. Die Stiftung hat aus Udo Lindenbergs Kultmusical „Hinterm Horizont" ein Projekt für Jugendliche aus Schulen, die in sozialen Brennpunkten liegen, entwickelt. Der BAB unterstützt sie dabei mit fachlicher Expertise.



Wie blicken Ostdeutsche, die vor dem Herbst 1989 aus der DDR in den Westen gelangten, auf die Friedliche Revolution und den Prozess der Wiedervereinigung? Die BAB-Veranstaltung im Casino des Abgeordnetenhauses von Berlin stieß auf großes Interesse.

18. März 2025



28. Bundeskongress zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin: Der Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert hilft Inge Bennewitz, die 1952 von den DDR-Behörden aus ihrer Heimatstadt in der Nähe der deutsch-deutschen Grenze zwangsausgesiedelt wurde, beim Anlegen des Teilnahmebändchens. 2025 war der BAB turnusgemäß an der Reihe, den Kongress mit rund 200 Teilnehmenden auszurichten (siehe Story S. 36).

4. April 2025



28. April 2025

BAB Frank Ebert und Stephan Bickhardt, Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen, bei der Enthüllung einer Gedenktafel für Ludwig Mehlhorn. Der ehemalige Studienleiter der Evangelischen Akademie zu Berlin gehörte zu den Persönlichkeiten, die die neuen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland nach 1989 geprägt haben. Die Entstehung der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung und Mehlhorns Beitrag zum Europäischen Solidarność-Zentrum in Danzig sind nur zwei Beispiele für sein Engagement.

80 Jahre Kriegsende: Auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor wird die Open-Air-Ausstellung „… endlich Frieden?!“ eröffnet, die einen Blick auf die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus wirft. Bei der Ausstellung von Kulturprojekte Berlin wirkte der BAB als Kooperationspartner mit.



2. Mai 2025



21. Mai 2025

Zum dritten Mal nehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAB am IKK BB Berliner Firmenlauf teil. Dieses Mal sind sechs Beschäftigte der Behörde am Start, eine Verdopplung im Vergleich zu den Vorjahren.

Von links: Dr. Jens Schöne, Dr. Philipp Schultheiß, Jakub Stoinski, Jana Bertels, Michèle Matetschk-Delhaes, Dr. Andrea Bahr



16. Juni 2025

Eine Ausstellung von Schülerinnen und Schülern des Dreilinden-Gymnasiums in Berlin-Wannsee zum DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wird im Roten Rathaus eröffnet. Es ist auch die Einlösung eines Versprechens: Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (3. v. re.) hatte den Jugendlichen 2024 zugesagt, die Ausstellung 2025 ins Rote Rathaus zu holen.



26. Juni 2025

Deborah Hartmann, Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, und BAB Frank Ebert begrüßen die Gäste des Jahresempfangs der Berlin-Brandenburgischen NS- und SED-Aufarbeitungsinstitutionen. Für die Leitungspersonen und Mitarbeitenden von Gedenkstätten, Lernorten, Museen, Archiven und Aufarbeitungsinitiativen bietet das jährliche Treffen die Möglichkeit zur Kontaktpflege und Vernetzung.



8. Juli 2025

Innerbetriebliche Weiterbildung: Das BAB-Team besucht die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus. Der Historiker Dr. Peter Keup (2. v. re.), der selbst wegen „versuchter Republikflucht" in Cottbus inhaftiert war, führt die Gruppe aus Berlin über das Gelände der Gedenkstätte.

Bei einer Pressekonferenz im Roten Rathaus in Berlin stellen der Regierende Bürgermeister Kai Wegner sowie die Initiatorinnen und Initiatoren der Berlin Freedom Week die zentralen Programmpunkte der Veranstaltungswoche vor. Die Berlin Freedom Week soll ab 2025 jährlich rund um das Mauerfalljubiläum stattfinden und als neues Leuchtturm-Format das historische Erbe mit den Herausforderungen der Gegenwart verbinden.



17. Juli 2025

Von links:
Frank Ebert (BAB), Antje Schippmann (Axel Springer Freedom Foundation), Rebecca Hernandez Garcia (Robert-Havemann-Gesellschaft), der Regierende Bürgermeister Kai Wegner, Leopoldo López (venezolanischer Oppositionspolitiker), Burkhard Kieker (visitBerlin) und Nilofar Ayoubi (Frauenrechtlerin aus Afghanistan)

4. August 2025



Von links: Prof. Dr. Daniela Münkel (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv), Rebecca Hernandez Garcia (Robert-Havemann-Gesellschaft), Frank Ebert (BAB), Moderator Wolfgang Porsche (radio eins)

Das Campus-Kino 2025 ist eröffnet! Für vier Wochen verwandelt sich der Innenhof der ehemaligen Stasi-Zentrale wieder in ein Open-Air-Kino. Bei freiem Eintritt können die Besucherinnen und Besucher Filme zur DDR-Geschichte, zur Staatssicherheit, zu Widerstand und Aufarbeitung sehen (siehe Story S. 74).

10. September 2025



BAB Frank Ebert empfängt eine Delegation aus Taiwan. Die Gäste um Minister Ming-Hsin Lin (3. v. re.) informieren sich über Fragen der juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung.



Moderatorin Elise Landschek (li.) spricht bei der neunten Auflage der Prenzlauerberginale mit Zeitzeugin Brigitte Tichauer, der Historikerin Nele Güntheroth (2. v. re.) und dem stellvertretenden Aufarbeitungsbeauftragten Dr. Jens Schöne über die Nachkriegszeit und die 1950er-Jahre in der DDR. Das Filmfestival, das Filme und Filmausschnitte mit Bezug zum Prenzlauer Berg zeigt, wird vom BAB gefördert.

16. September 2025



Beim Tag der Deutschen Einheit in Saarbrücken präsentieren sich die Landesbeauftragten mit einem gemeinsamen Stand. Aus Berlin angereist sind BAB-Bildungschefin Dr. Andrea Bahr (im Bild), der Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert und Beratungsleiter Jens Planer-Friedrich.

3. Oktober 2025



Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin Dirk Stettner und BAB Frank Ebert werben für eine Freiheitsausstellung im Humboldt-Forum. Das Konzept für die Ausstellung haben sie zuvor Medienvertretern vorgestellt.

16. Oktober 2025

5. November 2025



Im Pressesaal des Abgeordnetenhauses von Berlin präsentiert der BAB die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung (siehe Story S. 16). Die Studie hat forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Auftrag des BAB durchgeführt.

Die erste Berlin Freedom Week wird vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin eröffnet.

Von links: Elbegdorj Tsakhia (ehemaliger Staatspräsident der Mongolei), Frank Ebert (Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Garry Kasparov (ehemaliger Schachweltmeister, World Liberty Congress), Dennis Buchner (Vizepräsident des Abgeordnetenhauses von Berlin), Masih Alinejad (World Liberty Congress), Kai Wegner (Regierender Bürgermeister von Berlin), Leopoldo López (venezolanischer Oppositionspolitiker), Burkhard Kieker (visitBerlin), Lillemor Mallau (Starlounge GmbH), Rebecca Hernandez Garcia (Robert-Havemann-Gesellschaft)



8. November 2025



Delegierte aus aller Welt nehmen im Rahmen der Berlin Freedom Week an der Generalversammlung des World Liberty Congress in Berlin teil. Die Tagung findet im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses von Berlin statt.



12. November 2025

Frank Ebert trifft Bundespräsident a. D. Joachim Gauck zum Austausch über die Berlin Freedom Week und den aktuellen Stand der Planungen zur Freiheitsausstellung im Humboldt-Forum. Ein Grund zur Freude: Joachim Gauck wird der Ausstellung ein von ihm signiertes Plakat zu den ersten freien Wahlen 1990 mit dem Schriftzug „Freiheit" zur Verfügung stellen – ein eindrucksvolles Symbol demokratischer Errungenschaften.

Von links: Frank Ebert, Joachim Gauck,
Dr. Anja Schröter (Leitungsreferentin beim BAB)



9. Dezember 2025

Mit Schwarmwissen zum Sieg: Das BAB-Team, verstärkt durch Linda Vierecke, erreicht beim gemeinsam mit dem Landesbüro Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgerichteten Pub-Quiz im Frannz Club den ersten Platz.

Von links: Dr. Anja Schröter (BAB-Leitungsreferentin), Dr. Jens Schöne (stellv. Aufarbeitungsbeauftragter), Moderator Tom Zimmermann, Linda Vierecke (SPD-MdA), Frank Ebert (Berliner Aufarbeitungsbeauftragter), Moderator Darren Grundorf, Cecilia Reible (Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim BAB), Dr. Christian Testorf (Leiter Landesbüro Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung)



17. Dezember 2025

Für ihre Weihnachtsaktion haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAB Geschenktüten für die Frauen in der AWO-Notübernachtung „Mitten im Kiez" in Berlin-Friedrichshain gepackt. BAB Frank Ebert und Frauenvertreterin Jana Bertels übergeben sie an die Leiterin der Notunterkunft Nadja Stodden (li.).



Kultursenatorin Sarah Wedl-Wilson,
BAB Frank Ebert und Berlins Regierender Bürgermeister
Kai Wegner bei der Übergabe der dritten Teilstudie
des Sachstandberichts zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur im Land Berlin

STORY

Kein Schlussstrich: Berliner interessieren sich weiterhin für die DDR

Repräsentative forsa-Studie im Auftrag des BAB

Eine überwältigende Mehrheit (83 Prozent) der Berlinerinnen und Berliner ist überzeugt: Aus der Geschichte der DDR lässt sich für die Zukunft lernen. Das ist eines der zentralen Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung, welche forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Auftrag des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durchgeführt hat.

80 Prozent der Befragten ist es wichtig, die Erinnerung an die politische Verfolgung in der DDR lebendig zu halten. Und drei von vier Berlinerinnen und Berlinern finden, es sollte mehr an Opposition und Widerstand in der DDR erinnert werden. Nur 14 Prozent der Befragten sagen, sie verstünden nicht, warum man sich heute noch mit der DDR beschäftigen solle.

An der Online-Befragung nahmen mehr als 1.600 zufällig ausgewählte Berlinerinnen und Berliner ab 16 Jahren teil. Grundlage war eine Meldeamtsstichprobe, der Erhebungszeitraum lag zwischen dem 15. August und dem 28. September 2025. Ziel war es, eine belastbare Datengrundlage zu den Fragen zu schaffen: Was wissen die Menschen in Berlin über die DDR? Wie bewerten sie Aufarbeitung und Erinnerungskultur? Und wie bekannt sind Gedenkstätten und Erinnerungsorte mit DDR-Bezug?

Die Ergebnisse zeigen: Die DDR-Vergangenheit ist auch mehr als 35 Jahre nach dem Mauerfall präsent in den Köpfen der Berlinerinnen und Berliner. Knapp die Hälfte der Befragten gibt an, sich bereits intensiv oder sehr intensiv mit der DDR beschäftigt zu haben. Bei Menschen mit DDR-Hintergrund – also Personen, die selbst in der DDR lebten oder deren Eltern von dort stammen – sind es sogar 62 Prozent.



BAB Frank Ebert übergibt die Studie an Parlamentspräsidentin Cornelia Seibeld

Das Wissen verbindet sich meist mit Mauer und Mauerfall. Gleichzeitig zeigt sich ein Defizit im Schulunterricht: Nur knapp ein Drittel der Befragten hat nach eigener Einschätzung in der Schule viel oder sehr viel über die DDR gelernt. Entsprechend groß ist der Wunsch, die Wissensvermittlung zu stärken. 84 Prozent der Berlinerinnen und Berliner sprechen sich dafür aus, Besuche von Gedenkstätten und Erinnerungsorten fest in Lehrplänen zu verankern.

Ein klares Bild ergibt sich auch bei der Charakterisierung der DDR. In offenen Antworten wird sie überwiegend als diktatorisch, autoritär, repressiv und als Überwachungsstaat beschrieben. Auch die fehlende Meinungsfreiheit wird genannt. Zugleich zeigen die Daten Differenzierungen: 29 Prozent der

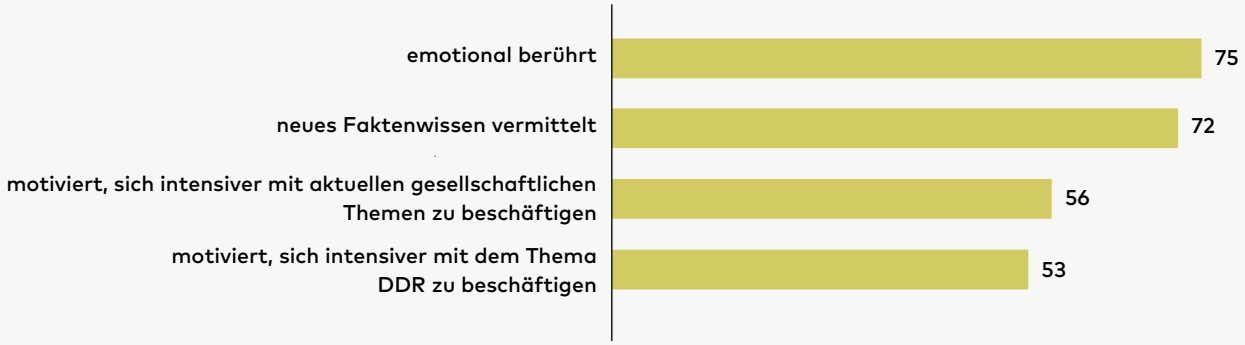
Menschen mit Wohnsitz in Ost-Berlin vor 1990 sowie 25 Prozent der Befragten mit DDR-Hintergrund beschreiben den Staat als „menschenorientiert" oder „fürsorglich". Auffällig ist zudem ein Zusammenhang mit Parteineigungen: Unter Anhängerinnen und Anhängern des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) bezeichnen 29 Prozent die DDR als „menschenorientiert" oder „fürsorglich".

Hohe Bekanntheit genießen die Erinnerungsorte in der Stadt. Fast alle Befragten haben bereits mindestens eine Gedenkstätte, einen Erinnerungsort oder ein Museum mit DDR-Bezug besucht. Besonders häufig genannt werden der Checkpoint Charlie, die East Side Gallery und die Gedenkstätte Berliner Mauer. Deutlich seltener besucht werden Einrichtungen wie das Stasimuseum, die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde oder der Lernort Keibelstraße.

Dabei zeigen die Rückmeldungen: Besuche an Erinnerungsorten wirken. Viele Befragte berichten von emotionaler Berührung – zugleich geben sie an, dort neues Wissen erworben zu haben. Gedenkstätten sind damit nicht nur Orte des Gedenkens, sondern zentrale Institutionen politischer Bildung.

Die Wirkung der Besuche der Berliner Gedenkstätten und Erinnerungsorte

Der Besuch einer Gedenkstätte/eines Erinnerungsorts zur DDR hat sehr/etwas stark …



Basis: Personen, die eine Gedenkstätte, Erinnerungsort oder Museum zum Thema DDR in Berlin besucht haben

Gefragt sind zudem zeitgemäße Vermittlungsformate. Besonders beliebt sind Spielfilme und Serien über die DDR. Viele wünschen sich den Austausch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Jüngere Befragte interessieren sich vermehrt für Social-Media- und Serienformate.

Die Vorstellung der Studienergebnisse im Berliner Abgeordnetenhaus stieß auf breite Resonanz. Zahlreiche regionale und überregionale Medien griffen die Befunde auf. In einem parlamentarischen Frühstück diskutierten Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter von Gedenkstätten und Aufarbeitungseinrichtungen über Konsequenzen aus den Ergebnissen.

Die Studie macht deutlich: Einen „Schlussstrich" unter die DDR-Vergangenheit zu ziehen ist für die große Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner keine Option. Vielmehr besteht der Auftrag, Wissenslücken zu schließen, weniger bekannte Erinnerungsorte sichtbarer zu machen und neue Vermittlungswege zu gehen.



BAB-Referentin Jana Bertels erläutert die Studienergebnisse bei einem Parlamentarischen Frühstück im Abgeordnetenhaus von Berlin

Die repräsentative Befragung der Bevölkerung ist der dritte Teil einer umfassenden Evaluierung der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin. Sie basiert auf dem Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin „Aufarbeitung und Folgen der SED-Diktatur evaluieren“ vom 6. Juli 2017.

Die beiden ersten Teilstudien zu Maßnahmen für politisch Verfolgte und zum SBZ/DDR-Archivgut in Berlin wurden bereits veröffentlicht. Alle bisher erschienenen Studien können hier heruntergeladen werden:





Teilstudien 1 und 2

3. AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR IM LAND BERLIN

"The City of Berlin will always be a reminder to the world that no wall lasts forever."

Die iranische Aktivistin und Frauenrechtlerin Masih Alinejad anlässlich der ersten Berlin Freedom Week

3.1 Freiheit

Das Jahr 2025 stand für den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten ganz im Zeichen der Freiheit. Gemeinsam mit dem World Liberty Congress, visitBerlin, der Robert-Havemann-Gesellschaft und der Axel Springer Freedom Foundation initiierte der BAB die erste „Berlin Freedom Week" rund um den Jahrestag des Mauerfalls. Vom 8. bis zum 15. November 2025 beteiligten sich über 90 Partner mit mehr als 170 Veranstaltungen an rund 90 Orten, um Berlin zu einem internationalen Forum für Freiheit zu machen. Berlinweit unterstützten und gestalteten unter anderem Firmen, Medien, Vereine, Museen und Botschaften die Woche der Freiheit mit.



Visualisierung einer Installation für die Freiheitsausstellung

Ausgehend von den historischen Errungenschaften der Friedlichen Revolution 1989/90, die weltweit für den Mut der Menschen stehen, sich gegen Unfreiheit zu wehren, ging es insbesondere um die Aufklärung über Repression, die Überwindung der kommunistischen Diktatur und die Freiheitskämpfe damals und heute. DDR-Oppositionelle wie Marianne Birthler, Frank Ebert, Stefan Müller, Ulrike Poppe oder Evelyn Zupke liehen der Freedom Week Stimmen und Gesichter ebenso wie die Angehörigen des World Liberty Congress, darunter Masih Alinejad, Nilofar Ayoubi und Leopoldo López.

Eröffnet wurde die Woche am 8. November 2025 mit der Generalversammlung des World Liberty Congress (WLC) und einer Abendveranstaltung auf dem Campus für Demokratie, an dem auch der Regierende Bürgermeister und Schirmherr der Berlin Freedom Week Kai Wegner sowie Mitglieder des WLC teilnahmen. Der WLC ist mit mehr als 200 Dissidentinnen und Dissidenten aus über 60 autokratisch geführten Ländern die größte globale Demokratie-Allianz. Dass die Generalversammlung im Abgeordnetenhaus von Berlin tagte, also in den Räumen eines frei gewählten Parlaments, hatte mit Blick auf ihren Kampf um Freiheit und politische Teilhabe für die Teilnehmenden eine besondere symbolische Bedeutung.



Die im Iran geborene Dissidentin und Gründungspräsidentin des World Liberty Congress, Masih Alinejad, eröffnete die Generalversammlung des WLC



Einige Delegierte konnten nicht zur Generalversammlung des WLC nach Berlin reisen – zum Beispiel, weil sie aus politischen Gründen inhaftiert sind. Ihre Fotos sollten an diese Menschen und ihr Schicksal erinnern

Bereits am 4. November 2025 fand als Pre-Event zur Freedom Week die vom Tagesspiegel organisierte Veranstaltung „Der Osten – Konferenz für Ideen und Macher" statt, bei der der BAB als Netzwerkpartner fungierte. „DER OSTEN" widmete sich im 35. Einheitsjahr unter dem Motto #35Veränderung vor allem den Herausforderungen und Chancen, die mit dem Mauerfall und der Deutschen Einheit verknüpft waren und sind. Ein weiteres zentrales Ereignis im Rahmen der Week war die Berlin Freedom Conference im Gasometer mit rund 1.000 Interessierten. Redebeiträge kamen unter anderem von Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, der iranischen Frauenrechtlerin Masih Alinejad, der ehemaligen Präsidentin Taiwans Tsai Ing-wen, dem ehemaligen Oberbefehlshaber der US-Armee in Europa Frederick Benjamin „Ben" Hodges und Friedensnobelpreisträgerin Oleksandra Matviichuk.



Die Berlin Freedom Conference im Gasometer auf dem EUREF-Campus

Während der Freedom Week tourte das Berlin Freedom Mobil mit einem Nachbau der Freiheitsglocke und einem Live-Programm durch Berlin. Mit an Bord war der stellvertretende Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne, der an öffentlichen Plätzen mit dem Geschäftsführer der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv Dr. Michael C. Bienert über Freiheit und Unfreiheit im geteilten Berlin sprach. Anschließend war die Stadtgesellschaft eingeladen, vor Ort mit beiden zu diskutieren.



Eine Nachbildung der Berliner Freiheitsglocke auf dem Vorplatz des Abgeordnetenhauses von Berlin. Sie bildete das mobile Herzstück der Berlin Freedom Week

Der BAB organisierte außerdem einen Besuch des belarussischen Dissidenten Andrei Sannikov an der Kant-Oberschule in Berlin-Steglitz. 35 Jugendliche hatten so Gelegenheit, mit dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten über seinen Kampf für Demokratie, seine Inhaftierung und seine Flucht ins Exil zu sprechen.



Der belarussische Dissident Andrei Sannikov, ehemaliger Präsidentschaftskandidat in Belarus, beim Schulprojekt an der Kant-Oberschule

In Vorbereitung auf die Freedom Week hatten sich schon im September 2025 zwei Menschen getroffen, deren Lebenswege die Freiheitskämpfe zweier Generationen spiegeln. An der East Side Gallery zeichnete visitBerlin eine Folge seines Podcasts „Berlin Unboxed" auf, in der eine belarussische Aktivistin und Projektkoordinatorin für die Menschenrechtsorganisation Libereco mit BAB Frank Ebert diskutiert. Das Gespräch ist in der Folge „Vom Bruderkuss bis Belarus – Was Freiheit heute bedeutet" zu hören, die bei allen gängigen Podcast-Anbietern sowie bei YouTube heruntergeladen werden kann.

Podcast
Vom Bruderkuss bis Belarus –
Was Freiheit heute bedeutet



Die Berlin Freedom Week bescherte intensive Momente, Eindrücke und Gespräche. Der World Liberty Congress plant, seinen Sitz von New York nach Berlin zu verlegen. Berlins Regierender Bürgermeister kündigte an, die Freedom Week werde künftig jedes Jahr stattfinden.

Am 16. Oktober 2025 stellte BAB Frank Ebert gemeinsam mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin Dirk Stettner die Idee für eine Freiheitsausstellung im Berliner Humboldt-Forum vor. Die Ausstellung soll sich ebenfalls dem Engagement gegen Unfreiheit und dem Einsatz für freiheitlich-demokratische Rechte widmen, indem sie das vielfältige Aufbegehren gegen die kommunistische Diktatur in der gesamten SBZ/DDR thematisiert – von den frühen Formen von Widerstand und Opposition seit 1945 bis hin zur Friedlichen Revolution 1989/90 und zur Einheit Deutschlands und Europas. Sie soll aber auch die Verflechtungen mit der Bundesrepublik und mit Osteuropa einbeziehen sowie die Verbindung von historischer Aufklärung mit Freiheitskämpfen und Fragen herstellen, die uns heute bewegen.

„Die Ausstellung soll die positiven Errungenschaften der gesamtdeutschen Geschichte hervorheben und ein Zeichen für Mut und Freiheit setzen", sagt Frank Ebert. Entstehen soll sie im Humboldt-Forum als symbolträchtigem Ort im Herzen der Stadt der Freiheit. Die Freiheitsausstellung versteht sich als Auskopplung des Forums Opposition und Widerstand 1945–1990, das seit vielen Jahren geplant und vom Bund mehrfach beschlossen worden ist, in der Umsetzung aber nicht vorankommt. Im Dezember 2025 hat das Abgeordnetenhaus von Berlin für vier Jahre, bis zum 40. Jahrestag von Friedlicher Revolution und Mauerfall, 19,2 Millionen Euro für die Produktion der Ausstellung in den Haushalt eingestellt. Rückenwind für das Projekt kommt aus der Bundespolitik: Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung anlässlich des 35. Jahrestags der Deutschen Einheit dazu aufgefordert, das Vorhaben einer Freiheitsausstellung zu unterstützen. Zusätzlich hat die Ministerpräsidentenkonferenz Ost im März 2026 die Bundesregierung aufgefordert, „die Freiheitsausstellung im Humboldt-Forum finanziell umfassend zu unterstützen", und den Bund gebeten „für die Errichtung sowie den Betrieb der Ausstellung Mittel bereitzustellen".

3.2 Weiterentwicklung des Campus für Demokratie

Die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie auf dem historischen Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale ist eines der zentralen Anliegen des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Um die Weiterentwicklung voranzubringen, hat sich BAB Frank Ebert im Berichtsjahr mit Akteurinnen und Akteuren der Bundes- und Landespolitik sowie der auf dem Campus für Demokratie angesiedelten Institutionen und Vereine regelmäßig ausgetauscht. In diesem Zusammenhang traf er am 26. Februar 2025 den Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Stephan Machulik zu einem Austausch auf dem Campus. Im Mittelpunkt standen Fragen der baulichen Entwicklung des Areals, die Erstellung eines Bebauungsplans sowie die weiteren Schritte im Bebauungsplanverfahren. Frank Ebert hob bei diesem und zahlreichen weiteren Treffen wie bereits in den Vorjahren hervor, dass den politischen Willensbekundungen nun entschlossen Taten folgen sollten und vorhandene Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen seien. Die Planungen für das Archivzentrum zur SED-Diktatur kommen seit Jahren nur schleppend voran. Obwohl der Bundestag seit 2023 jährlich Beschlüsse zur Umsetzung des Forums Opposition und Widerstand (FOW) fasst (zuletzt am 7. Oktober 2025), ist das FOW vonseiten des Bundes dabei nicht vorgesehen.

Die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (RHG) entschied sich aufgrund ihrer prekären Situation in nicht archivgerechten Räumen auf dem Campus und der Stagnation bei den baulichen Entwicklungsperspektiven im Berichtsjahr für einen Umzug. Im Frühjahr 2026 zog die RHG mit ihrem Archiv der DDR-Opposition nach Berlin-Mitte, nachdem aus der als Zwischenlösung gedachten Unterbringung in der Ruschestraße seit 2017 ein Dauerzustand geworden war. Die damals in Aussicht gestellten archivgerechten Räumlichkeiten auf dem Gelände in Haus 7 (Nord) sind bis heute nicht saniert und stehen leer. Derweil war der Flächenbedarf der RHG weiter angestiegen, sodass Teile des Archivguts an mehrere Orte sowohl auf dem Campus-Areal als auch in Berlin-Hoppegarten verteilt bzw. nach Frankfurt (Oder) ausgelagert werden mussten. Aufgrund von Wassereinbrüchen und Temperaturschwankungen mit Spitzen von bis zu 30 Grad Celsius war ein Verbleib des Archivs, das 2017 in die Liste des national wertvollen Kulturgutes aufgenommen worden war, in der Ruschestraße nicht länger vertretbar.

Mit dem Umzug nach Berlin-Mitte hat die RHG die Gelegenheit genutzt, das Archivgut bis auf großformatige Objekte an einem Ort zusammenzuführen. Die Räume in der Klosterstraße, die barrierefrei zugänglich sind, bieten durch belüftete und klimatisierte Magazinflächen mit Rollregalsystemen vor allem eine moderne Archivinfrastruktur, aber auch Flächen für Ausstellungen, Veranstaltungen und Bildungsangebote.

Neben den politischen und strukturellen Fragen der Weiterentwicklung prägten 2025 zahlreiche Veranstaltungen und Vermittlungsangebote das Geschehen auf dem Campus für Demokratie. Sie trugen dazu bei, das Areal als Ort historisch-politischer Bildung, kultureller Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und konkreter Aufarbeitung sichtbar zu machen.

Beispielhaft sei hier der Aktionstag zum 35. Jahrestag der Erstürmung der Stasi-Zentrale am 15. Januar 2025 genannt, der vom Bürgerkomitee 15. Januar, dem Stasi-Unterlagen-Archiv, der Robert-Havemann-Gesellschaft sowie dem Stasimuseum mitgestaltet wurde. Die beiden letzteren werden vom BAB gefördert. Unter dem Motto „Revolution! – und dann? 35 Jahre Erstürmung der Stasi-Zentrale" erinnerten die Veranstalter an die Ereignisse des Jahres 1990 und nahmen zugleich deren Auswirkungen auf die Gegenwart in den Blick.

Das große Potenzial des Campus für Demokratie als Erinnerungs- und Lernort für Demokratie zeigte Leitungsreferent Dr. Philipp Schultheiß mit einem Vortrag auf dem internationalen Symposium „Cultures of Memory, Amnesia and Misprision: Germany, the US, and Beyond" an der Universität Duisburg-Essen auf. Am Beispiel der ehemaligen Stasi-Zentrale thematisierte er die Frage, wie historische Orte, die in der Gesellschaft als Täterorte oder als „belastete" Orte gelten, „umkodiert" werden können.

Die Besonderheit des Campus für Demokratie als Veranstaltungsort wurde auch bei der erfolgreichen sechsten Auflage des Campus-Kinos deutlich. In Kooperation zwischen dem Stasi-Unterlagen-Archiv, der Robert-Havemann-Gesellschaft und dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten wurden vier Wochen lang Filme vor der Kulisse des ehemaligen Dienstsitzes von Stasi-Minister Erich Mielke gezeigt. Mit rund 10.700 Besucherinnen und Besuchern verzeichneten die Organisatoren einen neuen Rekord (siehe Story S. 74).



Das Campus-Kino im Innenhof der Stasi-Zentrale zieht jedes Jahr Tausende Besucher an

3.3 Ehemalige Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte setzt sich dafür ein, das ehemalige Volkspolizeigefängnis in der Keibelstraße zu einem Erinnerungsort aufzuwerten. Die Haftanstalt ist als authentischer Ort besonders geeignet, die Repression in der SED-Diktatur zu dokumentieren. Derzeit dient eine Etage des früheren Gefängnisses als Lernort, in dem die Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V. Führungen und Lernwerkstätten vor allem für Schulklassen und junge Erwachsene anbietet.



Ausstellung im Lernort Keibelstraße

Das Vorhaben wird von der Landespolitik unterstützt: Umbau und Sanierung der früheren Haftanstalt sind 2025 in die Investitionsplanung des Landes Berlin aufgenommen worden – eine wichtige politische Weichenstellung. Die ersten Mittel sollen im Jahr 2029 fließen. Die Fertigstellung wird für das Jahr 2032 prognostiziert. Angesiedelt ist die Koordination der Baumaßnahme in der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese hat die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen mit der Weiterentwicklung der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt beauftragt. Mit der Stiftung steht der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte in fachlichem Austausch.



Zellentüren im Lernort Keibelstraße

Den Vorsitz des Fachbeirats für den Lernort Keibelstraße hat der stellvertretende Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne inne. Das Gremium kommt regelmäßig zusammen, um sich über die Projekte, Angebote und Herausforderungen des Lernorts zu informieren und die Lernortleitung in Fragen der inhaltlichen und didaktischen Konzeption zu beraten. In der Beiratssitzung am 1. Juli 2025 erörterten die Anwesenden unter anderem die gestiegene Nachfrage nach Führungen durch das ehemalige Gefängnis: Die Buchungszahlen haben sich 2025 um rund 27 Prozent erhöht. Auch über die geplante Erweiterung des Fremdsprachenangebots bei den Führungen wurde diskutiert. Bisher werden diese auf Deutsch, Englisch und Französisch angeboten.

3.4 Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte pflegte im Berichtsjahr einen intensiven Austausch mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen und mit den Vertreterinnen und Vertretern des Senats im Land Berlin. Im Fokus der Gespräche standen dabei unter anderem die Entwicklungen in der Keibelstraße und auf dem Campus für Demokratie, die Freiheitsausstellung, die Einstellungen zur DDR-Aufarbeitung und zur Erinnerungskultur in der Berliner Bevölkerung sowie die Berlin Freedom Week. Im Januar stellte BAB Frank Ebert den Tätigkeitsbericht für das Berichtsjahr 2024 im Plenum vor. Der Aufarbeitungsbeauftragte nahm zudem regelmäßig an den Treffen des Ehrenrats des Abgeordnetenhauses teil.



Vorstellung des Tätigkeitsberichts 2024 im Abgeordnetenhaus von Berlin

Ebenfalls im Januar tauschte sich der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte mit dem neuen Direktor des Landesarchivs Berlin Sven Kriese und seiner Stellvertreterin Carmen Schwietzer über verschiedene Themen aus. Dabei ging es etwa um Kapazitätsprobleme des Landesarchivs bei der Unterbringung von Materialien mit SBZ/DDR-Bezug sowie um weitere Schritte infolge der vom BAB veröffentlichten Studie zur Archivierung und Dokumentation von Beständen mit SBZ/DDR-Provenienz (siehe Tätigkeitsbericht 2024).



Die Leitung des Landesarchivs Berlin zu Besuch beim BAB Von links: Dr. Jens Schöne (stv. Berliner Aufarbeitungsbeauftragter), Frank Ebert (Berliner Aufarbeitungsbeauftragter), Carmen Schwietzer (stv. Direktorin des Landesarchivs Berlin), Sven Kriese (Direktor des Landesarchivs Berlin)



Vor der Deutschen Botschaft in Prag Von links: Dennis Buchner (Vizepräsident des Abgeordnetenhauses von Berlin), BAB Frank Ebert, Cornelia Seibeld (Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin)

Anlässlich der 30-jährigen Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Prag reisten Frank Ebert und Leitungsreferentin Dr. Anja Schröter am 9. und 10. November 2025 mit einer Delegation des Präsidiums des Abgeordnetenhauses nach Prag. Die Delegation besuchte die deutsche Botschaft und Stationen der Samtenen Revolution in Prag. Auf dem Programm standen außerdem Gespräche mit Angehörigen der NGOs Post Bellum und Association for International Affairs über Erinnerungskultur, Bildung und internationale Beziehungen. Der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne nahm am 9. November 2025 in der Gedenkstätte Berliner Mauer an der zentralen Gedenkveranstaltung zum 36. Jahrestag des Mauerfalls mit rund 200 Gästen teil.

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte pflegte außerdem einen vielseitigen Austausch auf Bundesebene. So nahm er am 12. Mai 2025 gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des BAB-Teams an einem Gespräch der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag über den Stand und die Perspektiven zur Einrichtung des bundesweiten Härtefallfonds für Betroffene von SED-Unrecht teil. Am 27. November 2025 informierten sich Frank Ebert und Jens Planer-Friedrich als Leiter der Abteilung Beratung des BAB im Bundesministerium des Innern über die Arbeit der Projektgruppe „Aufarbeitung DDR-Zwangsadoptionen". Frank Ebert tauschte sich außerdem regelmäßig mit Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern des Bundestages über erinnerungskulturelle Fragen aus. Bei Treffen mit Mitgliedern des Kulturausschusses sowie Vertretern des Beauftragten für Kultur und Medien wurden die Gedenkstättenkonzeption des Bundes, die Planungen zur Freiheitsausstellung sowie die Situation auf dem Campus für Demokratie erörtert.

Bei einer Zusammenkunft mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck am 12. November 2025 ging es vor allem um die Berlin Freedom Week, die in dieser Woche stattfand, und um die Planungen zur Freiheitsausstellung im Humboldt-Forum. Dabei kündigte Joachim Gauck an, der Ausstellung ein von ihm signiertes Plakat zu den ersten freien Wahlen 1990 mit dem Schriftzug „Freiheit" zur Verfügung zu stellen.



Rosen an der Hinterlandmauer in der Gedenkstätte Berliner Mauer

Der BAB ist auch regelmäßig zu Gast bei der jährlichen Geschichtsmesse der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Bundesstiftung Aufarbeitung). Die Veranstaltung im thüringischen Suhl vom 27. Februar bis 1. März 2025 bot Gelegenheit für ausführliche Diskussionen mit erinnerungspolitischen Akteurinnen und Akteuren.

Frank Ebert wirkte 2025 im Beratungsgremium beim Bundesarchiv, im Stiftungsrat der Bundesstiftung Aufarbeitung sowie bis Ende Juni 2025 im Stiftungsrat der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge mit.

Der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne war neben seinem Vorsitz im Fachbeirat des Lernortes Keibelstraße auch Mitglied der Kommission Gedenkorte Berlin Marzahn-Hellersdorf, die sich mit Fragen der Pflege und Erhaltung, der Umgestaltung und Neugestaltung von Gedenkorten befasst und für das Bezirksamt Empfehlungen für die Umsetzung erarbeitet.

3.5 Arbeitskreis II der Berliner und Brandenburger Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen

Zweimal im Jahr trifft sich auf Einladung des BAB und der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur der Arbeitskreis II der Berliner und Brandenburger Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen (AK II). Die Termine dienen dem fachlichen Austausch unter Angehörigen von Institutionen, Gedenkstätten, Vereinen und Initiativen, die sich mit der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur befassen. Gastgeber des ersten Treffens am 13. Mai 2025 war das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), dessen Direktor Prof. Dr. Frank Bösch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in seinem Haus begrüßte. Im Rahmen der Veranstaltung stellte Dr. Tilmann Siebeneichner das Leibniz-Lab-Projekt „Umbrüche und Transformationen" und seine Transferformate für den Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft am ZZF vor. Dr. Anke Giesen und Mario Bandi von Memorial Deutschland e.V. erläuterten Ergebnisse und Schwierigkeiten des Projektes „Die letzte Adresse" in Brandenburg.

Beim zweiten Treffen am 18. November 2025 gewährten der Direktor des Landesarchivs Sven Kriese und sein Team umfangreiche Einblicke in die Arbeit des Archivs. Raphael Baganz und Carmen Schwietzer stellten relevante Bestände zum Thema Aufarbeitung aus Ost- und West-Berlin sowie der vereinigten Stadt vor. Dr. Michael C. Bienert sprach über die Arbeit der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv (SERA) am Landesarchiv Berlin, deren Geschäftsführer er ist. Zum Abschluss konnten die Mitglieder des AK II an einer Führung im Magazin des Archivs teilnehmen.

Inzwischen etabliert ist der gemeinsame Jahresempfang der NS- und SED-Aufarbeitungsinstitutionen, der im Berichtsjahr am 26. Juni 2025 in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz stattfand. Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte sprach sich in seinem Grußwort für



BAB Frank Ebert begrüßte die Anwesenden beim Jahresempfang der NS- und SED-Aufarbeitungsinstitutionen

mehr Zusammenarbeit zwischen den Institutionen aus: „Uns verbindet vieles. Wir sollten inhaltliche Zusammenhänge stärker kontextualisieren und Synergieeffekte nutzen." Ebert nannte als Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit die Themenwoche „80 Jahre Kriegsende – Befreiung Europas vom Nationalsozialismus" im Mai. Anschließend nutzten die Vertreterinnen und Vertreter von Gedenkstätten, Lernorten, Museen, Archiven, Aufarbeitungsinitiativen und anderen Einrichtungen die Gelegenheit, sich zu vernetzen und auszutauschen.

3.6 Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte arbeitet eng mit seinen Amtskolleginnen und -kollegen in den anderen östlichen Bundesländern zusammen. Die monatliche Landesbeauftragtenkonferenz findet in Präsenz in den Räumen des BAB oder per Videokonferenz statt. Ein Vertreter der Bundesstiftung Aufarbeitung nimmt ebenfalls teil. Die Landesbeauftragten diskutieren dabei untereinander, aber auch mit Expertinnen und Experten wie der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke oder Dieter Dombrowski als Bundesvorsitzendem der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. über aktuelle Themen.

Beim Treffen am 26. März 2025 kamen in Berlin neben einem Stiftungsvertreter und den Landesbeauftragten auch deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter zusammen. Dieselbe Runde veranstaltete mit der Bundesstiftung Aufarbeitung am 23. Oktober 2025 einen gemeinsamen Workshop. Dabei erörterten die Teilnehmenden die Zukunft der Bundeskongresse, die jährlich mit der SED-Opferbeauftragten sowie mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen veranstaltet werden.

Die Bundeskongresse finden alternierend in einem der sechs ostdeutschen Bundesländer statt. Der oder die jeweilige Landesbeauftragte fungiert dann als Ausrichter. 2025 übernahm der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte diese Rolle und lud vom 4. bis 6. April 2025 zum 28. Bundeskongress in die Bundeshauptstadt (siehe Story S. 36).



Stand der Konferenz der Landesbeauftragten beim Tag der Deutschen Einheit 2025 in Saarbrücken

Die Konferenz der Landesbeauftragten wandte sich am 12. März 2025 im Zuge der Koalitionsverhandlungen an die Bundespolitik und sprach vier konkrete Punkte an, um die Lage von Betroffenen von SED-Unrecht zu verbessern und die weitere Aufarbeitung der SED-Diktatur zu stärken. Die Konferenz appellierte an die Vorsitzenden von CDU/CSU und SPD, die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze von Anfang 2025 im Sinne der Betroffenen unverzüglich umzusetzen, und sprach sich für Hilfen für Betroffene von DDR-Zwangsdoping aus. Des Weiteren forderte sie die fortgesetzte wissenschaftliche Erforschung und gesellschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen sowie eine auskömmliche Finanzierung der Erinnerungslandschaft, die Fertigstellung des „Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland" und die Umsetzung des „Forums Opposition und Widerstand".

Mit einem gemeinsamen Stand präsentierte sich die Konferenz der Landesbeauftragten bei bundesweiten Anlässen wie dem Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 30. April bis 4. Mai 2025 in Hannover sowie beim Tag der Deutschen Einheit vom 2. bis 4. Oktober 2025.

3.7 Erinnerungskultur

Jahrestage sind wichtige Ankerpunkte, um historische Entwicklungen und Ereignisse sowie ihre Bedeutung von der Vergangenheit bis heute im gesellschaftlichen Bewusstsein präsent zu halten. So legte der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte am 12. Januar 2025 anlässlich der jährlichen Luxemburg-Liebknecht-Demonstration einen Kranz am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde nieder.

Im Mai 2025 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 80. Mal. Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte war Mitinitiator und Partner der Themenwoche „80 Jahre Kriegsende – Befreiung Europas vom Nationalsozialismus" vom 2. bis 11. Mai 2025 mit mehr als 100 Veranstaltungen. Gemeinsam mit Berlins Regierendem Bürgermeister Kai Wegner sowie Vertreterinnen und Vertretern von Kulturprojekte Berlin, dem Museum Karlshorst und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas eröffnete Frank Ebert zu Beginn der Woche die Open-Air-Ausstellung „… endlich Frieden?!" vor dem Brandenburger Tor. Als Podiumsgast bei der Veranstaltung „Gedenken an das Kriegsende in einer Welt voller Krieg" am 8. Mai 2025 diskutierte der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte mit anderen Expertinnen und Experten auch über die Bedeutung von Gedenktagen in politisch herausfordernden und krisenhaften Zeiten.



Eröffnung der Ausstellung zum 80. Jahrestag des Kriegsendes auf dem Pariser Platz
Von links: Marc Sinan (Komponist), Uwe Neumärker (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas), Kai Wegner (Regierender Bürgermeister von Berlin), Moritz van Dülmen (Kulturprojekte Berlin GmbH), Simone Leimbach (Kulturprojekte Berlin GmbH), Prof. Dr. Johannes Tuchel (Gedenkstätte Deutscher Widerstand), Frank Ebert (BAB), Jörg Morré (Museum Berlin-Karlshorst)



Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Das Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 spielte im Berichtsjahr ebenfalls eine wichtige Rolle. Neben der Teilnahme von Frank Ebert und anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BAB an Kranzniederlegungen am 72. Jahrestag des Volksaufstandes unterstützte der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte ein Schulprojekt und engagierte sich für die Instandhaltung und Aufwertung von Gedenkorten zum 17. Juni 1953. Nachdem der BAB im Vorjahr alle entsprechenden Berliner Gedenkorte begangen, bestehende Mängel dokumentiert und auf deren Beseitigung gedrängt hatte, lag der Schwerpunkt der Arbeit 2025 auf der Gedenkstätte 17. Juni 1953 im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Bei einem gemeinsamen Vor-Ort-Termin mit Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg, der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke und dem Vorsitzendem der Vereinigung 17. Juni 1953 e.V. Mike Mutterlose ging es insbesondere um Fragen der Pflege und Zugänglichkeit des Gedenkortes. In der Folge wurden auf Arbeitsebene Abstimmungen zwischen Bezirksamt, Landesdenkmalamt und dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten angestoßen, um Verbesserungen bei der Erreichbarkeit und Sichtbarkeit des Gedenkortes zu prüfen. Es besteht die begründete Erwartung, dass durch die abgestimmten Maßnahmen die Wahrnehmung als bedeutsamer Erinnerungsort zukünftig gestärkt werden kann.



Ein hölzernes Gedenkkreuz auf dem Mittelstreifen der Potsdamer Chaussee in Berlin-Nikolassee erinnert an den 17. Juni 1953 Von links: Urban Aykal (Bezirksstadtrat), Maren Schellenberg (Bezirksbürgermeisterin), Mike Mutterlose (Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.), Evelyn Zupke (SED-Opferbeauftragte), Frank Ebert (Berliner Aufarbeitungsbeauftragter)

Am 13. August 2025, dem 64. Jahrestag des Mauerbaus, nahmen Frank Ebert und weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten ebenfalls an verschiedenen Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen teil. Auch beim Kiezgespräch des BAB in Lübars stand am Jahrestag die Zeit der Teilung im Vordergrund (mehr zur Reihe „Mein Kiez" siehe S. 79). Außerdem führte der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte mit dem Direktor der Stiftung Berliner Mauer Prof. Dr. Axel Klausmeier und dem Geschäftsführer der Kulturprojekte Berlin GmbH Moritz van Dülmen im Laufe des Jahres 2025 erste Gespräche in Vorbereitung auf den 65. Jahrestag des Mauerbaus 2026.



Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Mauerbaus in der Kapelle der Versöhnung auf dem Gelände der Gedenkstätte Berliner Mauer

Anlässlich des 35. Jahrestages der Deutschen Einheit veranstaltete der BAB 2025 im Abgeordnetenhaus von Berlin eine Diskussion zum Thema „Auf der anderen Seite der Mauer" und nahm am Tag der Deutschen Einheit in Saarbrücken teil. Frank Ebert und Dr. Anja Schröter brachten ihre Expertise zudem bei einem Fachgespräch des Stadtmuseums Berlin ein, in dem es um die Transformationszeit und um Verfassungsdiskussionen ging.

Das Bundesverdienstkreuz erhielten im Jubiläumsjahr zur Deutschen Einheit Sybille Krägel und Werner Bork für ihr jahrzehntelanges bürgerschaftliches Engagement im Dienst der Aufarbeitung und historischen Gerechtigkeit. Die beiden waren vom Berliner Aufarbeitungsbeauftragten und der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) vorgeschlagen worden. Während Sybille Krägel sich besonders um das Gedenken an das ehemalige sowjetische Speziallager Tost/Toszek im heutigen Polen verdient gemacht hat, gehörte Werner Bork um 1950 einer Widerstandgruppe in Werder/Havel an, die auf Flugblättern freie Wahlen forderte und politische Willkür anprangerte. Sieben aus dem Kreis wurden wegen „versuchter Diversion" und „konterrevolutionärer Tätigkeit" 1951 verhaftet und 1952 in Moskau hingerichtet. Unter ihnen waren die Geschwister Johanna und Karl-Heinz Kuhfuß. Am 21. November 2025 wurde in Erinnerung an sie in Werder/Havel im Rahmen des Memorial-Deutschland-Projekts „Die letzte Adresse" eine Gedenkstele eingeweiht. Unter den Gästen waren neben den Zeitzeugen Prof. Sigurd Blümcke und Werner Bork auch der UOKG-Bundesvorsitzende Dieter Dombrowski, Brandenburgs Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur Dr. Maria Nooke und der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert.



Gedenktafeln des Projekts „Die letzte Adresse" in Werder/Havel

Zum Tätigkeitsbereich des BAB gehört auch der Austausch und die Unterstützung anderer Aufarbeitungseinrichtungen. Frank Ebert war es deshalb ein besonderes Anliegen, die langjährige Arbeit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen am 1. Dezember 2025 in einem Grußwort im Rahmen der Abendveranstaltung „Von der Idee zur Institution – 30 Jahre Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen" zu würdigen. Ebenso sprach er ein Grußwort bei der Veranstaltung „Die Keibelstraße als doppelter Haftort in der DDR" am 24. Juni 2025 und besuchte gemeinsam mit der Abteilungsleiterin des Bereiches historisch-politische Bildung beim BAB Dr. Andrea Bahr am 25. Juni 2025 das ehemalige Frauengefängnis „Barnimstraße 10".

Auf internationaler Ebene tauschte sich Frank Ebert am 12. Juni 2025 mit Eva Yakubovska von Vitsche e.V. über den Umgang mit sowjetischen Denkmälern sowie über die Lage in der Ukraine aus und besuchte die Ausstellung zu dem ukrainischem Dissidenten Vasyl Stus im Pilecki-Institut Berlin. Am 10. September 2025 begrüßte der BAB eine Delegation aus Taiwan unter Leitung von Minister Ming-Hsin Lin, um über die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen zu sprechen.



Ming-Hsin Lin, Minister ohne Geschäftsbereich in Taiwans Kabinett, und BAB Frank Ebert

Frank Ebert stand außerdem für Interviews zu unterschiedlichsten Themen zur Verfügung, etwa für ein Filmprojekt zum Auftritt von Bruce Springsteen 1988 in Ost-Berlin, für ein Video-Interview mit einem syrischen Exil-Journalisten von Amal News zum Umgang mit Geheimdienstakten, für ein Interview für den Deutschlandfunk gemeinsam mit Moritz van Dülmen von Kulturprojekte Berlin zur geplanten Freiheitsausstellung im Humboldt-Forum und ein Gespräch in der rbb-Abendschau zu den Ergebnissen der repräsentativen Bevölkerungsbefragung zur DDR-Erinnerungskultur im Auftrag des BAB (siehe Story S. 16).



Anas Khabir von Amal News bereitet die Technik für das Interview mit BAB Frank Ebert vor

Der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte und Experte im Bereich Landwirtschaft in der SBZ/DDR Dr. Jens Schöne gab zudem Interviews für eine Produktion des Senders arte zum Thema Landwirtschaft im geteilten Berlin und für rbb24 Inforadio zu 80 Jahren Bodenreform. Um die Bodenreform ging es auch in seinem Vortrag bei einer Kooperationsveranstaltung des BAB mit dem Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv am 25. September 2025 in Neubrandenburg. Dr. Jens Schöne wirkte außerdem im Podcast „Europast" des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) zum Volksaufstand 1953 in der DDR mit. Leitungsreferentin Dr. Anja Schröter wurde für das im September 2025 erschienene Buch der Historikerin Dr. Annette Schuhmann „Wir sind anders! Wie die DDR Frauen bis heute prägt" interviewt.



Ausschnitt aus
dem Informationsfaltblatt
zum Bundeskongress 2025

STORY

28. Bundeskongress zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin

Erinnerungspolitik, juristische Aufarbeitung und 35 Jahre Grundgesetz in den ostdeutschen Bundesländern

Jedes Jahr veranstalten die Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen einen Bundeskongress.
Dabei treffen sich Akteurinnen und Akteure der Aufarbeitung mit Fachleuten aus Politik, Wissenschaft und Forschung, um sich über aktuelle Herausforderungen und Perspektiven im Umgang mit DDR-Unrecht und den Folgen der Diktatur auszutauschen. 2025 richtete der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte turnusgemäß den Kongress aus.



Frank Ebert eröffnet den 28. Bundeskongress im Roten Rathaus

Eröffnung im Roten Rathaus, Abschluss im Reichstagsgebäude und im Parlament der Bäume, dazwischen Festreden, Vorträge und Gesprächsrunden, Ausstellungen, Besuche an Erinnerungsorten und Begegnungen mit Weggefährtinnen und Mitstreitern – der 28. Bundeskongress zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin bot ein vielseitiges Programm. Rund 200 Gäste aus ganz Deutschland nahmen an der Veranstaltung vom 4. bis 6. April 2025 teil, deren Haupttagungsort im H4 Hotel am Alexanderplatz war.

Vorausgegangen war mehr als ein Jahr intensiver Planungen und Vorbereitungen. Das BAB-Organisationsteam um Leitungsreferentin Dr. Anja Schröter und Aline Höhn aus der BAB-Geschäftsstelle bereitete Ausschreibungen für das Tagungshotel, den Bustransport und die Lunchpakete vor und besichtigte mögliche Tagungsstationen. Dazu kamen Abstimmungen mit den Mitveranstaltern und Vortragenden, Überlegungen zur Gestaltung der Panels und Tagungsmaterialien und die Verwaltung der Anmeldedetails, um nur einige der zahlreichen Aufgaben zu nennen.

„Am aufwändigsten fand ich die Ausschreibungsprozedere im Vorfeld und die Koordination des Transports von rund 200 Personen zu den verschiedenen Veranstaltungsorten", erinnert sich Dr. Anja Schröter. „Es gibt logistisch immer diese Zeitfenster, in denen man aufpassen muss, dass jeder in den richtigen Bus steigt oder zur richtigen Führung mitgenommen wird. Dazu kam, dass unter unseren Gästen auch Menschen mit Bewegungseinschränkungen waren und wir barrierefreie Transferangebote zu allen Programmpunkten benötigten."



Gute Stimmung nach dem Festakt im Roten Rathaus

Selbst eine kürzere Strecke wie der Weg vom Tagungshotel H4 zum Eröffnungsempfang im Roten Rathaus habe sie angesichts der zahlreichen ortsunkundigen Gäste eine schlaflose Nacht gekostet. „Wir konnten ja schlecht mit 200 Gästen im Pulk über den Alex mit all seinen Baustellen wandern. Zumal vor Ort der barrierefreie Zugang ins Rathaus etwas versteckt und nur in Begleitung nutzbar war", erinnert sich die Leitungsreferentin. Am Ende halfen Kolleginnen und Kollegen vom BAB und den Mitveranstaltern, indem sie jeweils eine überschaubare Gruppe auf dem Hin- und Rückweg begleiteten. „Das funktionierte sehr gut, aber oft sind es eben die kleinen Dinge, die einen vorher umtreiben."

Den Empfang im Roten Rathaus erlebten viele Gäste des Bundeskongresses als ein Highlight. „Wir haben viele positive Rückmeldungen bekommen", erzählt Dr. Anja Schröter. „Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fühlten sich durch den würdigen Rahmen, das festliche Ambiente und die Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters sowie des Kultursenators geehrt." Für die Betroffenen sei es ein wichtiges Zeichen gewesen, dass ihre Schicksale als Verfolgte der SED-Diktatur von der Politik gesehen und gewürdigt werden.

Die Idee für den inhaltlichen Schwerpunkt des Kongresses, „35 Jahre Grundgesetz in den ostdeutschen Bundesländern", ist im Frühjahr 2024 entstanden: Anlässlich der Feiern zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes hatte sich der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert gewundert, dass dabei die gesamtdeutsche Dimension weitgehend außer Acht gelassen worden war. Aus ostdeutscher Sicht ist es jedoch ein zentraler Punkt, dass das Grundgesetz mit all seinen Rechten und Pflichten seit dem 3. Oktober 1990 endlich auch in Ostdeutschland gilt. Frank Ebert: „Einklagbare Menschen- und Bürgerrechte – dafür standen die Menschen, um die es bei diesem Kongress geht, in der SBZ/DDR über Jahrzehnte ein und riskierten viel."



Nach dem Festakt im Roten Rathaus.
Von links: Dieter Dombrowski (UOKG-Bundesvorsitzender), Niels Schwiderski, (Leiter der Geschäftsstelle der SED-Opferbeauftragten) Evelyn Zupke (SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag)



Konstanze Helber und Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner in der Ausstellung „Die Frauen von Hoheneck"



Besichtigung des
Lernorts Keibelstraße



Bundespräsident a. D.
Joachim Gauck im Gespräch
mit Schülerinnen und Schülern



Gedenken im
Parlament der Bäume

Der Bundeskongress begann mit einem Festakt und einem abendlichen Empfang im Festsaal des Roten Rathauses. Eingeladen hatte der Regierende Bürgermeister von Berlin Kai Wegner. In der Vorhalle war zuvor die Ausstellung „Die Frauen von Hoheneck" eröffnet worden. Sie zeigt Fotografien von Frauen, die in dem berüchtigten DDR-Frauengefängnis aus politischen Gründen inhaftiert waren. Im diesjährigen Festvortrag sprach Bundesverfassungsrichterin Prof. Dr. Ines Härtel über das Grundgesetz als Freiheitsfundament. Ein bewegender Moment ist für viele Teilnehmende der Veranstaltung bei jedem Bundeskongress das Totengedenken. Dabei werden die Namen von verstorbenen Mitgliedern der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen verlesen.

Fachgespräche zur Erinnerungspolitik, zu den Folgen des SED-Unrechts und zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen standen im Mittelpunkt des zweiten Kongresstages. Anschließend gaben die Aufarbeitungsbeauftragten, die Bundesstiftung Aufarbeitung und die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke Einblicke in ihre Arbeit. Am Nachmittag konnten die Kongressteilnehmer an Führungen durch das Stasi-Unterlagen-Archiv, das Archiv der DDR-Opposition oder den Lernort Keibelstraße teilnehmen. Wieder im Tagungshotel hielten Vertreterinnen und Vertreter der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen kurze Vorträge zu ihren Aktivitäten im Vorjahr.

Am dritten Kongresstag erlebten die Gäste im Reichstagsgebäude auf Einladung der SED-Opferbeauftragten eine Diskussion von Schülerinnen und Schülern des Dreilinden-Gymnasiums aus Steglitz-Zehlendorf mit dem Bundespräsidenten a. D. Joachim Gauck zum Thema „35 Jahre Einheit – Gegenwart und Zukunft". Nach einer Besichtigung von Reichstagskuppel und -terrasse ging es zur abschließenden Gedenkveranstaltung im Parlament der Bäume. Dort legten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Rosen an den Granitplatten zur Erinnerung an die Todesopfer der Berliner Mauer nieder.

4. BERATEN

„Ich bin rehabilitiert für alle Kinderheime der DDR, wo ich war. Dies wollte ich Ihnen schreiben und danken, dass es Menschen wie Sie gibt, die helfen."

Herr D.,
Klient der BAB-Beratungsabteilung

Zu den Tätigkeitsschwerpunkten des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gehört die Beratung von Menschen, die in der SBZ/DDR aus politischen Gründen verfolgt wurden. Das Jahr 2025 brachte für diesen Personenkreis eine deutliche Verbesserung der gesetzlichen Vorgaben: Am 30. Januar 2025 verabschiedete der Deutsche Bundestag die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (SED-UnBerG). Zuvor hatten CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Rechtsausschuss noch Änderungen am ursprünglichen Gesetzentwurf vorgenommen. Dabei wurden viele Anregungen und Kritikpunkte der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke, der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und von Opferverbänden aufgenommen. Am 1. Juli 2025 traten die Änderungen in Kraft.

4.1 Übersicht über die Gesetzesänderungen

Das „Sechste Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR" enthält die bisher weitreichendsten Verbesserungen für Betroffene seit der Einführung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze Anfang der 1990er-Jahre. Die Leistungen für Betroffene wurden teils erheblich erhöht und mehr Menschen können davon profitieren. Die Änderungen betreffen das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG), das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) und das Häftlingshilfegesetz (HHG). Mit den Neuregelungen wurden bestehende Gesetzeslücken geschlossen und Verfahren zum Teil vereinfacht. Damit kann sich die soziale Lage der Betroffenen von SED-Unrecht nachhaltig verbessern.

So wurde die besondere Zuwendung für Haftopfer, die sogenannte Opferrente, um 70 Euro auf 400 Euro pro Monat erhöht. Das entspricht einer Erhöhung um 21 Prozent. Die Inflationsverluste seit der letzten Anhebung im Jahr 2019 sind damit ausgeglichen. Zudem wurde die Höhe der Zuwendung an die allgemeine Rentenentwicklung gekoppelt. Die Opferrente können Menschen erhalten, die in der SBZ/DDR aus politischen oder anderen rechtsstaatswidrigen Gründen mindestens 90 Tage Freiheitsentziehung erdulden mussten und dafür strafrechtlich rehabilitiert wurden (§ 17a StrRehaG).

Die Bedürftigkeitsprüfung ist weggefallen: Die Behörden müssen die Einkommensverhältnisse der Antragstellenden nicht mehr prüfen. Dasselbe gilt für Unterstützungsleistungen nach § 18 StrRehaG. Diese kommen Personen zugute, deren Freiheitsentziehung in der SBZ/DDR unter 90 Tagen lag und die deswegen keinen Anspruch auf die Opferrente haben. Der Gesetzgeber würdigt damit das individuell erlittene Unrecht der Betroffenen, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation.

Der Anspruch auf die SED-Opferrente ist nicht vererbbar. Nach dem Tod eines Berechtigten können dessen Ehegatten, Kinder oder Eltern jedoch unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf Unterstützungsleistungen haben. Die für die Gewährung der Opferrente zuständige Behörde muss die nächsten Angehörigen unverzüglich über diesen Anspruch informieren.

Auch die Ausgleichsleistungen für beruflich Verfolgte sowie verfolgte Schülerinnen und Schüler wurden um 21 Prozent von 240 Euro auf 291 Euro erhöht. Sie werden ebenfalls an die allgemeine Rentenentwicklung angepasst (§ 8 BerRehaG). Diese Leistungen können Betroffene erhalten, die sich in einer besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden. Bisher wurde das Partnereinkommen bei der Prüfung der Bedürftigkeit angerechnet – diese Anrechnung fällt nun weg. Auch werden die Zahlungen nicht mehr wie bisher mit dem Renteneintritt abgesenkt. Beruflich Verfolgte bzw. verfolgte Schülerinnen und Schüler mussten bisher eine Verfolgungszeit von drei Jahren nachweisen, wenn sie Ausgleichsleistungen erhalten wollten, jetzt genügen zwei Jahre.



Die Abstimmung im Bundestag über die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze wurde live im Parlamentsfernsehen übertragen

Die Gesetzesnovellierung hat bestehende Gerechtigkeitslücken geschlossen. Ins VwRehaG wurde ein neuer Paragraf eingefügt: Mit § 1a Abs. 2 Satz 3 können nun auch Menschen Ansprüche geltend machen, die außerhalb des Beitrittsgebiets Opfer von Zersetzungsmaßnahmen der DDR-Staatssicherheit waren. Betroffene von Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze können eine einmalige Entschädigung von 7.500 Euro erhalten.

Vereinfacht wurde die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden nach HHG, StrRehaG und VwRehaG: Für Menschen, die durch die politische Verfolgung in der SBZ/DDR gesundheitliche Schäden erlitten haben, gilt künftig eine kriterienbasierte Vermutungsregelung. Damit wird ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den erlebten Repressionen und bestimmten Gesundheitsschäden vermutet. Näheres regeln Rechtsverordnungen des Bundesjustizministeriums, denen der Bundesrat am 8. Mai 2026 zugestimmt hat.

Eingerichtet wurde auch ein bundesweiter Härtefallfonds für Verfolgte der SED-Diktatur. Er ergänzt die bereits bestehenden Fonds in den ostdeutschen Ländern. Diese nehmen jedoch nur Anträge von Betroffenen mit Wohnsitz im jeweiligen Bundesland an. Nun können Verfolgte Unterstützung unabhängig vom Wohnort erhalten. Der bundesweite Härtefallfonds ist bei der „Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte“ (bis Juli 2025 „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge“) in Bonn angesiedelt. Eine Richtlinie für die Gewährung von Unterstützungsleistungen trat im November 2025 in Kraft; seitdem nimmt die Stiftung Anträge an.

GLOSSAR

SED-UnBerG:
SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

BerRehaG:
Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet

StrRehaG:
Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet

VwRehaG:
Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche

HHG:
Häftlingshilfegesetz

4.2 Bürgerberatung

Die Gesetzesänderungen führten beim BAB im Berichtsjahr zu einem Anstieg der Beratungsanfragen. Viele Betroffene erfuhren durch die Medien von den Änderungen und erkundigten sich beim BAB-Beratungsteam nach den verbesserten Rehabilitierungs- und Entschädigungsmöglichkeiten. Einige Menschen hörten sogar zum ersten Mal davon, dass in der SBZ/DDR politisch Verfolgte überhaupt Ansprüche geltend machen können.

BEISPIEL 1

Der 90-jährige Herr W. meldete sich beim BAB, nachdem er durch einen Fernsehbericht erstmals von den Möglichkeiten zur Rehabilitierung und Entschädigung erfahren hatte. Sein Vater war 1945 in sowjetische Gefangenschaft geraten und ins Sowjetische Speziallager Sachsenhausen gekommen, wo er 1947 starb. 1994 erhielt Herr W. von der russischen Generalstaatsanwaltschaft in Moskau ein Rehabilitierungsschreiben für seinen Vater. In der DDR war Herr W. selbst beruflichen Benachteiligungen ausgesetzt: Er hatte begonnen, seine Doktorarbeit an der Akademie der Wissenschaften zu schreiben; das Promotionsverfahren wurde jedoch ohne Angabe von Gründen gestoppt.

Vor diesem Hintergrund bat Herr W. den BAB um eine Einschätzung, welche Möglichkeiten ihm die Gesetzesnovelle bietet. Von den neuen gesetzlichen Regelungen kann er unter Umständen profitieren: Als Angehöriger eines politisch Verfolgten in der SBZ ist er unter bestimmten Bedingungen berechtigt, Unterstützungsleistungen bei der Stiftung für ehemals politische Verfolgte in Bonn zu erhalten. Die russische Rehabilitierung seines Vaters genügt dafür zwar nicht, die Stiftung kann allerdings mit Zustimmung von Herrn W. bei den zuständigen deutschen Behörden eine strafrechtliche Rehabilitierung für seinen Vater beantragen. Im Erfolgsfall könnte er Unterstützungsleistungen erhalten.

Auch 2025 bildete die Beratung von ehemaligen DDR-Heimkindern einen Schwerpunkt in der Arbeit des BAB-Beratungsteams, weil 2019 die Möglichkeiten der strafrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung für diesen Personenkreis verbessert und erleichtert wurden. Davon profitieren können Menschen, die als Kinder bzw. als Jugendliche in Spezialkinderheime oder Jugendwerkhöfe eingewiesen wurden, weil sie als unangepasst oder schwer erziehbar galten oder weil ihre Eltern politisch verfolgt wurden.

BEISPIEL 2

Frau K. kam im Alter von 13 Jahren in der DDR in ein Spezialkinderheim. Ihre Eltern waren inhaftiert worden, nachdem sie einen Ausreiseantrag gestellt hatten. Die Heimeinweisung ist somit Folge einer politischen Verfolgung im Sinne von § 10 (3) StrRehaG. Beide Elternteile von Frau K. sind strafrechtlich rehabilitiert. Mithilfe von Heimunterlagen ließ sich nachweisen, dass die Inhaftierung der Eltern und die Heimeinweisung ihrer Tochter gleichzeitig erfolgten. Frau K. stellte daraufhin mit Unterstützung des BAB Anträge auf strafrechtliche Rehabilitierung, Kapitalentschädigung und Opferrente.

Während des Heimaufenthalts musste Frau K. massive körperliche und sexuelle Übergriffe erdulden. Im ausführlichen Beratungsgespräch beschrieb sie, wie sich ihre psychische Gesundheit massiv verschlechterte, trotz einer medizinischen Rehabilitation drei Jahre zuvor. Ihre Bemühungen um einen ambulanten Therapieplatz oder spezialisierte psychosoziale Unterstützung waren jedoch erfolglos geblieben, sei es wegen fehlender Kapazitäten oder fehlender Spezialisierung der Anbieter auf DDR-Heimtraumata. Der BAB empfahl Frau K., bei der Beratungsstelle Gegenwind e.V. – Beratungsstelle für Traumatisierte der SED-Diktatur vorzusprechen. Dort fand sie sehr zügig professionelle Unterstützung, Verständnis und Hilfe, sodass sich ihre psychische Gesundheit verbesserte. Inzwischen nimmt sie regelmäßig Termine bei Gegenwind wahr.



Die Beratungsstelle Gegenwind weihte am 3. September 2025 ihre neuen Räumlichkeiten in Moabit ein

Verurteilungen zu Haftstrafen, Einweisungen in Jugendwerkhöfe und Spezialheime ebenso wie Zersetzungsmaßnahmen durch das MfS haben bei den Betroffenen nicht selten gesundheitliche insbesondere psychische Folgeschäden ausgelöst. Diese können bis heute fortwirken. Gesundheitliche Folgeschäden durch die politische Verfolgung in der DDR können beim Versorgungsamt im Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) geltend gemacht werden. Allerdings ist es für die Antragstellenden schwierig nachzuweisen, dass der Gesundheitsschaden direkt auf Ereignisse in der Haft, den Aufenthalt in den Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe oder auf die Zersetzungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Ein erheblicher Teil der Anträge wird daher abgelehnt.

Eigentlich gelten seit dem 1. Juli 2025 die vereinfachten Regelungen zur Anerkennung von Gesundheitsschäden. In der Anerkennungspraxis der Versorgungsämter hat sich dies jedoch bisher noch nicht ausgewirkt. Der Bundesrat hat den notwendigen Rechtsverordnungen im Mai 2026 zugestimmt.

BEISPIEL 3

Herr S. war in der DDR wegen sogenannter versuchter Republikflucht von 1985 bis 1987 inhaftiert. Er ist strafrechtlich rehabilitiert und erhält die Opferrente. Er leidet unter schweren Haftfolgeschäden, darunter einer Posttraumatischen Belastungsstörung, einem depressiven Erschöpfungssyndrom, Flashbacks, innerer Unruhe, Stimmungs- und Affektschwankungen sowie Albträumen. Die Erkrankungen wurden fachärztlich diagnostiziert. Mit Unterstützung der BAB-Beraterin stellte Herr S. nach Inkrafttreten der Gesetzesänderungen beim Versorgungsamt einen Antrag auf Beschädigtenversorgung. Beigefügt wurde ein Schreiben seines behandelnden Facharztes für psychosomatische Medizin und Psychotherapie, welches seine aktuellen Symptome und Diagnosen bescheinigt und die Kausalität zwischen Haft und heutigem Gesundheitszustand untermauert. Der Bescheid über den Antrag steht noch aus (Stand Frühjahr 2026).

Der Antrag auf Beschädigtenversorgung ist der entscheidende Schritt zur Anerkennung der Haftfolgeschäden. Bei einer dauerhaften Gesundheitsschädigung mit einem Grad der Schädigungsfolgen (GdS) von mindestens 30 besteht Anspruch auf eine monatliche Entschädigungszahlung. Die Leistungen der Beschädigtenversorgung werden zusätzlich zur Opferrente gezahlt.

Im Berichtsjahr beschwerten sich in der DDR politisch Verfolgte vermehrt über die Arbeit der mit der Antragsbearbeitung beauftragten Ämter. Besonders viele Probleme gibt es offensichtlich bei Anträgen auf Ausgleichsleistungen für berufliche Verfolgung nach § 8 BerRehaG. Dafür sind die Sozialämter der Berliner Bezirke zuständig. Bei diesen erhielten Betroffene allerdings immer wieder fehlerhafte Auskünfte. So schilderte ein Klient dem BAB seinen „Papierkrieg" mit dem zuständigen Sozialamt: Zunächst wurde ihm mitgeteilt, dass es derartige Ausgleichsleistungen gar nicht gebe. Als er dies widerlegen konnte, hieß es, das Sozialamt sei nicht zuständig, sondern das Lageso. Mithilfe eines Merkblatts des Lageso konnte er den Sachbearbeiter schließlich überzeugen, dass die Bearbeitung von Anträgen auf Ausgleichsleistungen tatsächlich in die Zuständigkeit des Sozialamts fällt. Daraufhin wurde ihm allerdings eröffnet, dass sein Antrag zwischenzeitlich verloren gegangen sei, er müsse ihn erneut stellen. Der Betroffene hat durch diese Verzögerungen mehrere Hundert Euro verloren, da die Ausgleichsleistung ab dem Monat gezahlt wird, der auf die Antragstellung folgt.

Bei der Beantragung der besonderen Zuwendung nach § 17a StrRehaG erhielten die Antragstellenden teilweise über Jahre keine Rückmeldung aus dem zuständigen Referat des Lageso, das für die finale Bearbeitung der Anträge zuständig ist:
Eine Frau hatte im September 2024 als Bevollmächtigte einen Antrag auf Opferrente für ihren 94-jährigen Vater beim Lageso gestellt. Mehr als ein Jahr später, im Oktober 2025, meldete sie sich beim BAB. Sie hatte bis dahin weder einen Bescheid erhalten, noch einen Ansprechpartner im Amt erreicht. Der BAB vermittelte in diesem Fall und bezog auch die zuständige Referats- und Abteilungsleiterin mit ein. Kurz vor Weihnachten 2025 erhielt der Betroffene den positiven Bescheid. Warum die Bearbeitung des Antrags so lange gedauert hat, gerade auch in Anbetracht des fortgeschrittenen Alters des Betroffenen, bleibt unerklärlich. Denn eine umfangreiche Einkommensüberprüfung war in seinem Fall nicht notwendig. Der Betroffene verfügte nur über eine Rente, die nach dem Gesetz anrechnungsfrei ist.
Auch auf Anträge auf Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden erhalten Betroffene teils über Jahre – selbst bei Nachfragen – keine Reaktion: Ein Antragsteller berichtete dem BAB-Beratungsteam im Dezember 2025, dass er seinen Antrag vor fast zweieinhalb Jahren beim Versorgungsamt im Lageso gestellt habe. Seit April 2025 habe er keinerlei Rückmeldung erhalten. Die zuständige Sachbearbeiterin sei telefonisch nicht erreichbar gewesen und habe auf Mails nicht geantwortet. Auch in diesem Fall hat der BAB die Referats- und Abteilungsleitung im Lageso kontaktiert. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor (Stand Frühjahr 2026).

Dies sind besonders krasse Beispiele aus der Vielzahl von Beschwerden, die den BAB im Berichtsjahr erreichten. Der BAB kann aber nur in Einzelfällen helfen. Wünschenswert wäre, dass die Ämter die Anliegen bzw. Anträge der Betroffenen zeitnah bearbeiten, ohne dass der BAB vermitteln muss, und dass sie sich um eine bessere Kommunikation bemühen.



In einigen Berliner Ämtern herrscht Personalnotstand, dies kann zu längeren Bearbeitungszeiten führen

Unzufriedenheit gibt es auch mit der Umsetzung der seit 2019 im StrRehaG verankerten Regelung, wonach Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen des MfS eine Einmalentschädigung in Höhe von 1.500 Euro beantragen können (§ 1 a Abs. 2 VwRehaG). Laut Rehabilitierungsbehörde II AbtL 14 (Lageso) sind in Berlin seit Inkrafttreten des Gesetzes im November 2019 bis Ende 2025 nur 129 Anträge auf Einmalentschädigung gestellt worden. Von diesen wurden lediglich 19 positiv beschieden. Nur in 15 Fällen kam es zur Auszahlung der Entschädigung. Im Jahr 2025 gingen 18 Anträge ein, von denen kein einziger positiv beschieden wurde.

Diese Zahlen werfen Fragen auf: Erfüllt das Gesetz das vom Gesetzgeber beabsichtigte Ziel, wenn nur eine verschwindend geringe Anzahl von Anträgen anerkannt wird? Wird die Rehabilitierungsbehörde dem Anliegen des Gesetzgebers gerecht, Betroffene von Zersetzung zu entschädigen, wenn sie den Großteil der Anträge ablehnt? Hier wird sich der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte im Sinne der Betroffenen einsetzen und das Gespräch mit der Rehabilitierungsbehörde und der SED-Opferbeauftragten suchen.

Der BAB muss auch konstatieren, dass trotz der Verbesserungen durch die Gesetzesnovellierung 2025 noch nicht alle Opfergruppen berücksichtigt wurden. So bleiben etwa Opfer von Zwangsdoping in der DDR im Hinblick auf die SED-UnBerG außen vor. Das DDR-Dopingsystem hat bei den Betroffenen zum Teil massive körperliche Schäden verursacht. Gleichzeitig waren sie psychischem Druck ausgesetzt. Der Fall von Frau B., einer ehemaligen Ruderin des SC Dynamo Berlin, verdeutlicht die perfide Systematik des DDR-Leistungssports, in dem Kinder ohne Aufklärung zu medizinischen Versuchsobjekten degradiert wurden.

BEISPIEL 4

Im Alter von zwölf Jahren kam Frau B. an eine Kinder- und Jugendsportschule in Berlin. Dort musste sie jahrelang Hormonpräparate und Steroide einnehmen. Die Steroide wurden als „Vitaminpillen" oder über präparierte Lebensmittel, zum Beispiel in Schokolade, verabreicht. Ab dem Alter von 13 Jahren bekam sie die Antibabypille zur hormonellen Steuerung verordnet. Auffällig ist, dass Frau B. nicht an Wettkämpfen im westlichen Ausland teilnehmen durfte, obwohl sie die Qualifikationen erfüllte. Sie nimmt deshalb an, „Labor-Probandin" für die Dopingforschung gewesen zu sein, und vermutet, dass die Wirkung der Substanzen ohne das Risiko internationaler Dopingkontrollen an ihr getestet wurde. Ausstiegsversuche der Betroffenen scheiterten – ihr wurde angedroht, dass sie ihren Ausbildungsplatz und ihre Wohnung verlieren würde.

Die jahrelangen Misshandlungen haben sich bei Frau B. auf mehreren Ebenen ausgewirkt. Wegen schwerer degenerativer Wirbelsäulenschäden und chronischer Schmerzsyndrome ist sie seit dem Jahr 2000 erwerbsunfähig. Sie leidet unter schweren Depressionen, die eng mit der Traumatisierung durch die totale Fremdbestimmung verknüpft sind.

Besonders belastend für Frau B. ist die gesundheitliche Situation ihres 1985 geborenen Sohnes. Es besteht der dringende Verdacht, dass dessen multiple Fehlbildungen und Stoffwechselstörungen durch die hormonelle Vorbelastung der Mutter verursacht worden sind.

Frau B. bat ihre BAB-Beraterin, sie zur mündlichen Verhandlung ihrer Klage am Verwaltungsgericht Berlin zu begleiten. Es ging dabei um ihre Anträge auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung als Dopingopfer, die das Lageso mehrfach abgelehnt hatte. Die Klage wurde abgewiesen. Der Richter verwies auf eine Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. März 2024, wonach Anträge auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung wegen DDR-Zwangsdopings grundsätzlich abzuweisen sind. Das systematische Staatsdoping in der DDR wird demnach nicht als Akt politischer Verfolgung im Sinne des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes eingestuft. Es wird zwar als schwerwiegender Verstoß gegen Prinzipien der Gerechtigkeit und Verhältnismäßigkeit anerkannt, nach Auffassung des Gerichts fehlt jedoch das Merkmal der gezielten Willkür gegen eine Einzelperson aus politischen Gründen. Das hat für Betroffene wie Frau B. zur Folge, dass ihnen der Zugang zur verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung und somit zu Entschädigungsleistungen verwehrt ist.



Der Fall unterstreicht die Notwendigkeit einer dauerhaften sozialen Absicherung für DDR-Dopingopfer, da die Schäden oft erst Jahrzehnte später ihre volle zerstörerische Wirkung entfalten und auch die nachfolgende Generation betreffen können. Der BAB unterstützt deshalb die Bemühungen der SED-Opferbeauftragten, sich für eine gesetzliche Regelung zugunsten der Betroffenen von DDR-Zwangsdoping einzusetzen, sodass diese Entschädigungsleistungen erhalten können.

Tabletten und Spritzen in einer Turnhalle

Die Gesetzesänderungen nützen auch denjenigen nicht, die in der DDR wegen „Asozialität" verurteilt wurden (§ 249 StGB der DDR). So riskierte zum Beispiel eine Haftstrafe, wer keiner geregelten Arbeit nachging. Der Paragraf kam häufig bei politisch missliebigen Menschen zur Anwendung: Personen, die einen Ausreiseantrag stellten, verloren häufig ihren Arbeitsplatz, insbesondere wenn sie im Bildungsbereich tätig waren. Fanden sie nicht innerhalb kurzer Zeit eine neue Anstellung, konnten sie verurteilt werden. Die DDR-Behörden setzten die Menschen unter Druck: Wenn sie ihren Ausreiseantrag zurückzögen, könnten sie in ihr früheres Anstellungsverhältnis zurückkehren. Anderenfalls drohe eine Verurteilung zu einer Haftstrafe. Im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz ist der § 249 nicht im Katalog der zu rehabilitierenden Verurteilungen aufgeführt (siehe § 1 StrRehaG). Deshalb können



Punks beim „Beat Inn", Freilichtbühne Berlin-Weißensee, am 31. Juli 1988

Betroffene in der Regel nur bei nachweisbar politisch indizierten Fällen eine Rehabilitierung erlangen. In manchen Fällen gelingt das, wie das folgende Beispiel zeigt.

BEISPIEL 5

Herr M. war von November 1973 bis November 1975 wegen sogenannten asozialen Verhaltens nach § 249 Abs. 1 StGB der DDR inhaftiert. Um die angestrebte strafrechtliche Rehabilitierung und soziale Absicherung zu erreichen, beantragte er mit Unterstützung der BAB-Beraterin zunächst Einsicht in die Stasi-Unterlagen und forderte seine Häftlingsakte beim Bundesarchiv an. Auf Basis dieser Dokumente, welche die politische Verfolgung belegen, beantragte Herr M. erfolgreich seine strafrechtliche Rehabilitierung und nachfolgend eine Kapitalentschädigung sowie die Opferrente.

In einem weiteren Schritt wurde Herr M. auch beruflich rehabilitiert, da er wegen der Zeit im Gefängnis an seiner beruflichen Entwicklung gehindert war. Dies führte zu einer Neuberechnung und Erhöhung seiner Rente. Zusätzlich kann er einkommensabhängige Ausgleichsleistungen beim Sozialamt beantragen. Somit erreichte Herr M. mithilfe des BAB eine umfassende rechtliche Würdigung seiner Biografie und eine signifikante Verbesserung seiner wirtschaftlichen Situation.

4.3 Härtefallfonds

Das Land Berlin hat einen Härtefallfonds aufgelegt. Er richtet sich an Menschen mit derzeitigem Wohnsitz in Berlin, die nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen rehabilitiert wurden und sich aktuell in einer besonderen wirtschaftlichen Notlage befinden. Voraussetzung ist, dass keine sonstigen staatlichen Unterstützungssysteme greifen. Laufende Kosten können aus dem Härtefallfonds nicht abgedeckt werden.

Finanziert werden können Leistungen zur Verbesserung der Wohnbedingungen, zur Ausstattung mit technischen Geräten, zur Verbesserung der Mobilität, zur beruflichen (Nach-)Qualifizierung, zur medizinischen Versorgung und zur sozialen Teilhabe. Die Hilfen sollen möglichst nachhaltig wirken. Beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten erhalten Interessierte eine individuelle Beratung und Unterstützung bei der Antragstellung. Eine Richtlinie regelt das Prozedere der einmaligen Hilfegewährung (siehe Anhang, S. 91).

Über die Vergabe der Fondsleistungen entscheidet der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert unter Mitwirkung eines Beirats. Den Beirat bilden die Bundesopferbeauftragte Evelyn Zupke und Mario Röllig, der in der DDR aus politischen Gründen im Gefängnis saß. 2025 tagte der Beirat im April und im Juli in Präsenz, um über die Anfragen an den Härtefallfonds zu beraten. Über weitere Anträge wurde im Umlaufverfahren per Mail entschieden. Für das Jahr 2025 standen wie im Vorjahr insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung.

Im Berichtsjahr schloss der BAB 24 Vereinbarungen über Hilfen in Höhe von insgesamt 80.916,70 Euro ab. Die Menschen, die beim BAB 2025 um Unterstützung aus dem Härtefallfonds nachsuchten, benötigten in den meisten Fällen Möbel, Haushaltsgeräte oder andere Ausstattungsgegenstände für ihre Wohnung, technische Geräte oder Gesundheitsleistungen. Sie erhalten die Mittel dafür nicht in bar ausgezahlt. Der BAB übernimmt die entsprechenden Rechnungen.



Beiratssitzung am 22. Juli 2025
Von links: Yvonne Laue (BAB-Beraterin), Frank Ebert (Berliner Aufarbeitungsbeauftragter), Evelyn Zupke (SED-Opferbeauftragte und Beiratsmitglied), Mario Röllig (ehemaliger politischer Häftling in der DDR und Beiratsmitglied), Jens Planer-Friedrich (BAB-Beratungsleiter)

BEISPIEL 1

Herr D. war als Jugendlicher in der DDR im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau untergebracht – einer besonders repressiven, gefängnisartigen Einrichtung für Jugendliche, die als schwer erziehbar galten oder unangepasst waren. Für die Zeit seines Aufenthaltes dort war er strafrechtlich rehabilitiert. Er meldete sich beim Härtefallfonds, weil er finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung neuer Möbel benötigte.

Aus der Beratungspraxis ist bekannt, dass direkte Einweisungen in den Geschlossenen Jugendwerkhof eher unüblich waren. Meistens durchliefen die Jugendlichen vorher und im Anschluss weitere Heime. Im Beratungstermin stellte sich heraus, dass Herr D. von seinem achten Lebensjahr bis zur Volljährigkeit in verschiedenen Spezialeinrichtungen der DDR-Jugendhilfe untergebracht war, darunter Durchgangsheime, Sonderheime und Spezialkinderheime. Ihm war bis dato nicht bekannt, dass er auch für die in diesen Heimen verbrachten Zeiten eine strafrechtliche Rehabilitierung beantragen kann.

Die BAB-Beraterin unterstützte Herrn D. zunächst dabei, die Rehabilitierung für alle seine Heimaufenthalte zu beantragen. Den positiven Bescheid erhielt er im November 2025. Auch aus dem Härtefallfonds bekam er Unterstützung, sodass er ein neues Bett sowie ein Notebook anschaffen konnte.

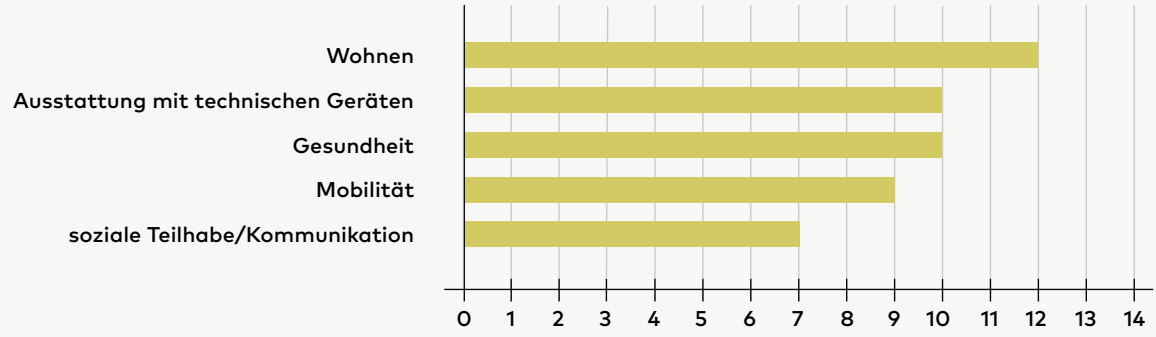
Für Herrn D. bedeutet die erfolgreiche Rehabilitierung eine nachträgliche Würdigung und Anerkennung seines Schicksals. Zehn Jahre seines Lebens hat er in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe verbringen müssen, in denen er massive Gewalterfahrungen machte und unter traumatisierenden Lebensumständen aufwuchs. „Ich habe einen Rehabilitierungsbeschluss vom Landgericht Frankfurt an der Oder", schrieb er der Beraterin per E-Mail. „Ich bin rehabilitiert für alle Kinderheime der DDR, wo ich war. Dies wollte ich Ihnen schreiben und danken, dass es Menschen wie Sie gibt, die helfen."

BEISPIEL 2

Frau F. wuchs in der DDR in einer christlich geprägten Familie auf. Als Schülerin entschied sie sich daher gegen die Jugendweihe und nahm auch nicht an Aktivitäten der FDJ (Freie Deutsche Jugend, staatliche Jugendorganisation der DDR) teil. In der Schule wurde sie deshalb diskriminiert und gedemütigt. Sie wurde nicht zur Erweiterten Oberschule (EOS) zugelassen und durfte so auch kein Abitur machen. Während ihrer Facharbeiterausbildung verweigerte Frau F. die Teilnahme an Lehrgängen zur Zivilverteidigung und zur vormilitärischen Ausbildung. Weitere Ausgrenzungen und Beleidigungen waren die Folge.

Die erlebten Diskriminierungen und Ausgrenzungserfahrungen haben bei Frau F. psychische Folgen ausgelöst, die bis heute anhalten. Sie ist nach § 1 VwRehaG rehabilitiert, erhält eine Erwerbsminderungsrente und bezieht Bürgergeld. Frau F. wandte sich an den Härtefallfonds des BAB, weil sie zur Überwindung ihrer traumatischen Erfahrungen gern eine pferdegestützte Therapie machen wollte. Diese Maßnahme wird von den Krankenkassen nicht übernommen. Wegen ihrer prekären finanziellen Lage ist es ihr jedoch nicht möglich, die Stunden selbst zu finanzieren. Der BAB bewilligte ihr die Unterstützung. Über die Therapie und deren positive Auswirkungen hat Frau F. einen eigenen Bericht geschrieben (siehe Story S. 58).

Abbildung 1:
Hilfebedarfe 2025

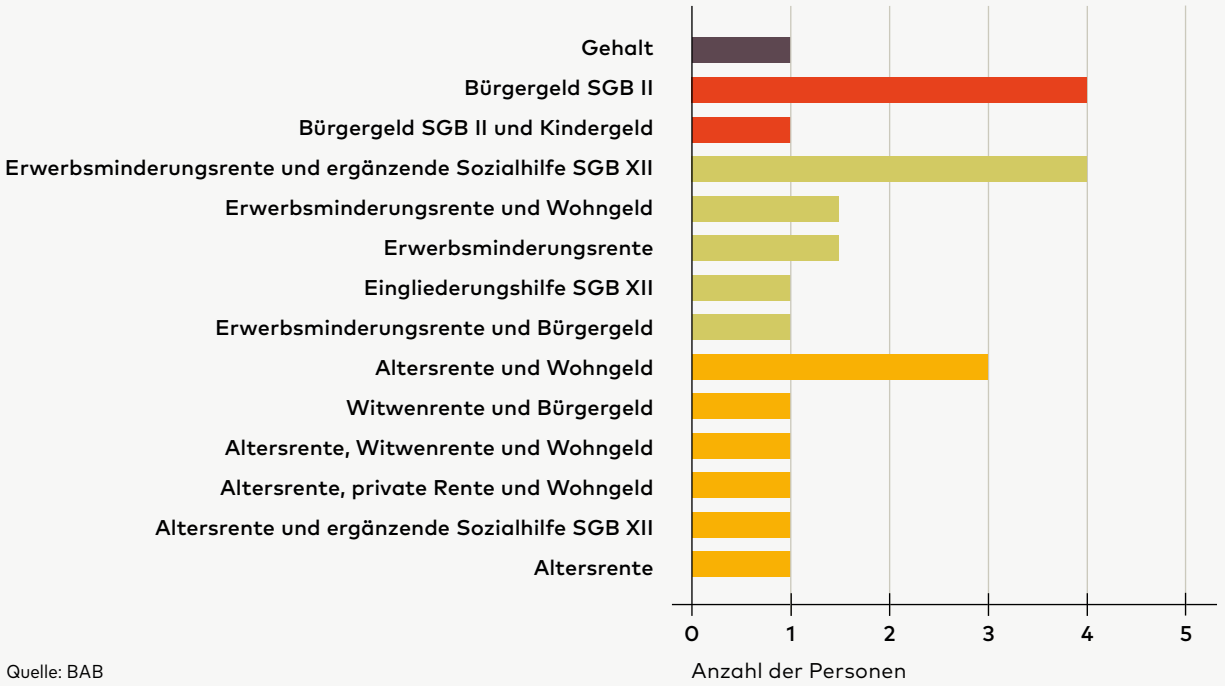


Quelle: BAB

Der BAB gewährte 2025 Mittel aus dem Härtefallfonds vor allem für die Bereiche Wohnen, Ausstattung mit technischen Geräten und Gesundheit.

Abbildung 2:

Einkommenssituation der Antragstellenden 2025

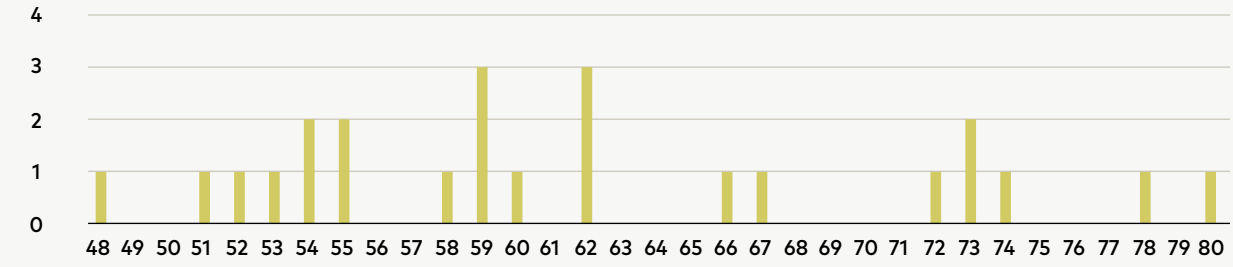


Quelle: BAB

Die meisten Antragstellenden in 2025 bezogen Bürgergeld, Erwerbsminderungsrente mit ergänzender Sozialhilfe oder Altersrente mit Wohngeld.

Abbildung 3:

Alter der Betroffenen bei Antragstellung 2025



Quelle: BAB

2025 war der jüngste Antragstellende 48, der älteste 80 Jahre alt. Mehr als zwei Drittel der Antragstellenden sind im erwerbsfähigen Alter. Der Altersdurchschnitt liegt bei 61,9 Jahren. 2024 lag er noch bei 66,1 Jahren. Grund für diese Veränderung ist, dass inzwischen mehr ehemalige Heimkinder als ehemalige Häftlinge Anträge stellen. Seit einer Gesetzesnovellierung 2019 haben ehemalige Heimkinder verbesserte Rehabilitierungsmöglichkeiten und einen leichteren Zugang zu Unterstützungsleistungen.

4.4 Vernetzung

Das BAB-Beratungsteam pflegt eine gute Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Einrichtungen, die Verfolgte der SED-Diktatur beraten. Neben regelmäßigen bilateralen Gesprächen auf Arbeitsebene findet monatlich ein Netzwerktreffen statt, bei dem sich die Mitarbeitenden von Beratungsinitiativen, die vom BAB gefördert werden, fachlich austauschen können. Bei diesen Treffen geht es zum Beispiel um neue Gesetzeslagen oder die Zusammenarbeit mit Ämtern. Der Härtefallfonds oder psychosoziale Probleme von Betroffenen werden ebenfalls diskutiert.

Regelmäßig treffen sich auch die Beraterinnen und Berater der Aufarbeitungsbeauftragten der Länder. Bei der Zusammenkunft am 18. März 2025 stand die neue Gesetzeslage und daraus resultierende Herausforderungen für die Beratung im Mittelpunkt. Am 13. Mai 2026 kamen die Beraterinnen und Berater, die bei den Landesbeauftragten für die jeweiligen Härtefallfonds zuständig sind, zu einem Arbeitstreffen in Magdeburg zusammen.

Alle zwei Monate können die Beraterinnen und der Berater des BAB gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beratungsinitiativen an einer Supervision teilnehmen. In den Sitzungen werden die seelisch belastenden Aspekte der Beratungstätigkeit besprochen. Dies ist außerordentlich wichtig für die Psychohygiene der Beratenden, damit sie ihren Aufgaben langfristig gerecht werden und dabei gesund bleiben.

Bei den Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften der Berliner Bezirke (PSAG) informiert das BAB-Beratungsteam regelmäßig über die Arbeit des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten, vor allem über die Beratungsangebote und den Härtefallfonds.

Auch zu Einrichtungen, die zur SED-Diktatur und ihren Folgen forschen, unterhält das BAB-Beratungsteam intensive Kontakte. Der Leiter der BAB-Beratungsabteilung vertritt den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten im Fachbeirat des Verbundprojekts „Gesundheitliche Langzeitschäden von SED-Unrecht" der Universitätskliniken Jena, Leipzig, Magdeburg und Rostock. An der Präsentation der Ergebnisse im Juni 2025 nahmen auch die BAB-Beraterinnen teil. Der Fachbeirat wird seine Arbeit über das Ende des Projekts hinaus fortsetzen.

Verbundprojekt der Universitätskliniken Jena, Leipzig, Magdeburg und Rostock

Der BAB steht auch im Kontakt mit verschiedenen Fachhochschulen, an denen die Fächer Sozialpädagogik oder Soziale Arbeit angeboten werden. Bereits zum dritten Mal organisierte der BAB für Studierende der Fachhochschule Olten/Schweiz ein Seminar zur politischen Verfolgung in der DDR und zu den sozialen, finanziellen und psychischen Folgen für die Betroffenen. Die Veranstaltung am 4. September 2025 stieß bei den Studierenden auf großes Interesse trotz des anderen geschichtlichen und gesellschaftlichen Hintergrunds.



Schweizer Studentinnen und Studenten informieren sich beim BAB über politische Verfolgung in der DDR



Yvonne Laue und Jens Planer-Friedrich vom BAB beim Beratungstag im Museum Pankow

Die BAB-Beraterin für den Härtefallfonds organisierte am 18. November 2025 ein Online-Seminar für Studierende des Studienganges Erziehung und Bildung an der Alice-Salomon-Hochschule. 19 Personen nahmen an der Veranstaltung teil.

Im Rahmen der Ausstellung „Einweisungsgrund: Herumtreiberei" zu den Venerologischen Stationen in der DDR bot das Museum Pankow am 19. November einen Beratungstag an. Zwei Mitarbeitende der BAB-Beratungsabteilung standen für Fragen zu Rehabilitierung und Entschädigung zur Verfügung.

Die Beraterinnen und der Berater des BAB nehmen regelmäßig an fachlich für sie relevanten Veranstaltungen, Tagungen und Vorträgen teil, so zum Beispiel am Fachgespräch „Sexueller Kindesmissbrauch in der DDR – Menschen mit Behinderungen", das die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs in Kooperation mit der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur am 18. Februar 2025 in Potsdam veranstaltete.

Auch bei der Abschlusstagung des Forschungsverbundes „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht" in Erfurt am 11. Juni 2025, beim Fachtag Zwangsadoption am 20. Juni 2025 und beim 3. Bundesfrauenkongress der UOKG vom 26. bis 28. September 2025 in Dessau waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAB-Beratungsteams dabei.



Am 12. Mai 2025 hielt die BAB-Härtefallfonds-Beraterin Yvonne Laue (li.) einen Fachvortrag im Deutschen Bundestag. Zu der Veranstaltung mit dem Titel „Austausch zu Stand und Perspektiven zur Einrichtung des bundesweiten Härtefallfonds" hatte die Bundesopferbeauftragte eingeladen



Anne Fischer
mit ihrem Therapiepferd Lucky

STORY

Heilung auf dem Pferderücken

Härtefallfonds ermöglicht einer Betroffenen von DDR-Willkür eine pferdegestützte Therapie

Der BAB verwaltet den Härtefallfonds des Landes Berlin für anerkannte politisch Verfolgte der SED-Diktatur, die sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Aus diesem Topf können Bedürftige unter bestimmten Voraussetzungen Unterstützungsleistungen bekommen, unter anderem für Maßnahmen zur medizinischen Versorgung.

Eine Klientin – in diesem Text soll sie Anne Fischer heißen – benötigte therapeutische Unterstützung zur Bewältigung ihrer verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden. Der Härtefallfonds ermöglichte es Frau Fischer im Jahr 2025, eine pferdegestützte Therapie zu erhalten. Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen die Kosten dafür nicht. Frau Fischer hat den Erfolg der Therapie in einem Dankesbrief an den BAB beschrieben, aus dem wir nachfolgend Auszüge veröffentlichen.

„Für die Unterstützung durch den Härtefallfonds, ohne den ich die pferdegestützte Therapie nicht hätte machen können, bedanke ich mich sehr. Einsamkeit und Verunsicherung haben meine Kindheit und Jugend geprägt: Meine Eltern hatten sich in der DDR dafür entschieden, den Weg des Widerstands gegen das SED-Regime zu gehen. Das führte dazu, dass ich bereits in sehr jungen Jahren Ausgrenzung, Feindseligkeit und Entwertungen ausgesetzt war. Ich erlebte sehr starke Selbstunsicherheit, Scham und Schuld. Meine Schulzeit war von Angst vor meinen Lehrern und Mitschülern bestimmt. Auf dem Schulhof stand ich meist isoliert oder wurde gehänselt. Manche Schulkameraden erhielten den Rat, sich nicht mit mir anzufreunden, weil das ihre Chancen auf einen Platz in der Erweiterten Oberschule (EOS) schmälern würde. Ich schien anders zu sein als die anderen oder wurde zumindest so behandelt. Hinzu kam: Selbst Freunde konnten zur Gefahr und zu Verrätern werden. Diese Erfahrungen haben mein Leben sehr beeinflusst. Meine seelische, körperliche und soziale Gesundheit hat darunter sehr gelitten und ich bin bis heute stark dadurch beeinträchtigt.
Die Therapie begann mit einer bedeutenden Erfahrung: Ich kam mitten in eine Pferdeherde, stand zwischen diesen wunderbaren, großen Wesen und hatte genau dieselbe Angst wie früher auf dem Schulhof. Doch die Pferde traten oder bissen mich nicht. Eine Stute kam auf mich zu. Lucky wurde später meine Freundin, auf der ich meinen ersten Ausritt machen durfte.

Es ging bei der Therapie darum, Vertrauen zu mir selbst, zum Pferd und zur Herde zu entwickeln. Unter den Tieren gab es hin und wieder Bisse und Tritte. Das war jedoch nicht Ausdruck von Willkür, seelischer Grausamkeit oder Vernichtungswillen, sondern diente nur dazu, die Rangordnung untereinander zu klären. Mir wurde dadurch klar, dass ich meine negativen Erfahrungen aus der Schul- und Lehrzeit auch heute noch auf zwischenmenschliche Kontakte übertrage, was natürlich oft ungerechtfertigt ist.

Diese Zeichnung fertigte Anne Fischer im Alter von 14 Jahren in der DDR an: „Dieses Pferd war ich selbst, ich wollte meine ganze Kraft und Energie ausleben, mich losreißen, frei sein und über viele Hürden hinwegspringen."

Seit der ersten Therapiestunde mit den Pferden lernte ich einen neuen Umgang mit mir selbst und mit anderen. Mein zerschmettertes Selbstwertgefühl begann sich wieder aufzurichten. Ich lernte, mich gegenüber dem Pferd klar zu äußern und dabei sicher zu sein, dass ich keine Nachteile zu befürchten habe. Ich traute mich, meine Wünsche herauszufinden und sie einem großen, schweren Wesen gegenüber zu äußern, meist ohne Worte.

Es war wunderschön, eine Pferdefreundin zu haben, die mir freiwillig folgt und mich nicht verrät! Derartige Erfahrungen habe ich mit Menschen bisher leider nur begrenzt machen können. Meine Restzweifel und eine zerstörerische Hab-Acht-Haltung haben mich isoliert. Dadurch sind viele meiner Beziehungen gescheitert und Freundschaften zerbrochen. Auch mein Verhältnis zu Kollegen und Vorgesetzten war nie wirklich frei von Misstrauen. Durch die Therapie mit den Pferden erlebte ich emotional gefahrlose Nähe: Ich wurde als Person nicht infrage gestellt und musste lediglich aufmerksam bleiben, um nicht verletzt zu werden.
Diese neuen Erfahrungen kann ich seit der Therapie vorsichtig auf meine Mitmenschen übertragen. Ich habe mehr Mut innerhalb von Beziehungen unterschiedlicher Art entwickelt. Auch in Ämtern und Behörden, die bisher meine allergrößte Angstquelle waren, schaffe ich es inzwischen, meine Anliegen zu äußern. ‚Eine Pferdetherapiestunde ist für mich wie zehn Stunden Psychotherapie', habe ich einmal meinem betreuenden Sozialarbeiter gesagt. Bei den Pferden bin ich ohne Umwege direkt an meine inneren, schmerzenden Themen gekommen. Ich bin wirklich sehr dankbar, auf diesem Weg ein Gefühl der Versöhnung mit meiner Geschichte, einen Trost und Heilung erlebt zu haben!"





„Die Stunden mit den Pferden gaben mir Kraft und Lebensenergie."

5. FÖRDERN

„Das geflügelte Wort vom ‚Lernen aus der Vergangenheit' muss Orientierungspunkt für Gegenwart und Zukunft sein."

Frank Ebert,
beim Jahresempfang der
Aufarbeitungsinstitutionen am 25. Juni 2025

Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) hat im Berichtsjahr 26 Projekte im Land Berlin gefördert, die die Geschichte der SBZ/DDR und die Folgen der deutschen Teilung aufarbeiten. Für die Projektförderung standen insgesamt 2.154.000 Euro im Haushalt des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten zur Verfügung, 52.000 Euro mehr als 2024.
Insgesamt erhielten die Projektmittelempfänger Fördermittelzusagen in Höhe von rund 2.078.000 Millionen Euro. Damit ist die Fördersumme im Vergleich zu 2024 gleichgeblieben.

Knapp 884.000 Euro gingen 2025 an Einrichtungen, die Verfolgte der SED-Diktatur in Fragen der Rehabilitierung beraten oder psychosoziale Unterstützung anbieten. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtfördersumme von knapp 43 Prozent. Damit hat sich die Förderquote im Berichtsjahr erneut zugunsten der Beratungs- und Betreuungsprojekte verschoben.
Für historisch-politische Bildung wurden 2025 Fördermittel in Höhe von knapp 1,2 Millionen Euro an 21 Projektträger bewilligt. Die Bandbreite der geförderten Projekte reichte von Ausstellungen über Theateraufführungen und Performances bis zu Filmfestivals. Die Höhe der Zuwendungen bewegte sich im Bereich von 1.000 Euro bis zum mittleren sechsstelligen Bereich (siehe Anhang, S. 94).

5.1 Förderung von Beratungs- und Betreuungsprojekten

Seit 2024 fördert der BAB ein Teilprojekt der **ABH – Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Heimerfahrung e.V.** Das Projekt „Leben im Schatten – Heimerfahrung in der DDR und Haft" richtet sich an Menschen, die aktuell im Gefängnis, im Maßregelvollzug oder in Sicherungsverwahrung untergebracht sind und die bereits in der DDR Heim- und teilweise auch Hafterfahrung gesammelt haben. Anliegen des Projekts ist es, dieser bisher kaum beachteten Gruppe ehemaliger Heimkinder psychosoziale Unterstützung anzubieten. Außerdem sollen die Lebensläufe von Betroffenen untersucht werden, die als Kinder Gewalt und Willkür in Heimen ausgesetzt waren und die später selbst zu Tätern wurden. Mit drei der Klienten wurde im Berichtsjahr eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der eigenen Heim- und Haftbiografie durchgeführt. Darüber hinaus ergaben sich statistische Erkenntnisse zur Häufigkeit von Hafterfahrungen ehemaliger Heimkinder. Insgesamt wurden im Berichtsjahr zehn Klienten mit DDR-Heimerfahrung betreut, es fanden 147 mindestens einstündige Beratungen bzw. lebensgeschichtliche Interviews statt.

UNSER HAUS
Projekt für und von Menschen mit Heimerfahrung

Die **Beratungsstelle Gegenwind** berät politisch Verfolgte der SED-Diktatur, die durch die Repressionen in der SBZ/DDR psychische Schäden erlitten haben. Bis 2024 wurde das Projekt durch die Psychosoziale Initiative Moabit e.V. getragen. Wegen der Kündigung der bisherigen Beratungsräume wurde ein Wechsel der Trägerschaft notwendig. Dazu gründeten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle im Juni 2024 mit Gegenwind e.V. einen neuen Trägerverein. Mit Unterstützung des BAB konnte Gegenwind seine Tätigkeit 2025 in den neuen Geschäftsräumen fortsetzen und weiterhin Einzelberatungen sowie Gruppenangebote durchführen. Die Beratungsstelle hat ihr Angebot im Berichtsjahr erweitert: So wurde unter anderem die soziale Betreuung älterer Menschen mit Suchterkrankungen ausgebaut. Zudem wurden mehr gemeinsame Außenaktivitäten angeboten, um die Gesundheit der psychosomatisch belasteten Besucherinnen und Besucher zu fördern und der sozialen Isolation alleinstehender und älterer Menschen entgegenzuwirken.

GEGENWIND
BERATUNGSSTELLE FÜR POLITISCH TRAUMATISIERTE DER SED-DIKTATUR

Das **Bürgerbüro e.V.** zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur konnte seine Beratungsarbeit dank finanzieller Förderung des BAB im Berichtsjahr zuverlässig fortführen, ausbauen und bekannter machen. Neben Verfolgten der SED-Diktatur finden dort insbesondere ehemalige DDR-Heimkinder Rat und Hilfe in Rehabilitierungsfragen. Die Mitarbeitenden begleiten die Hilfesuchenden bei Bedarf zu Ämtern oder Gerichtsverhandlungen. Zudem gibt es Kooperationen mit anderen Einrichtungen. Der Beratungsbedarf ist weiterhin hoch. Für die Bearbeitung der Fälle sind oft umfangreiche Aktenrecherchen durchzuführen. Für Menschen, die sich im Maßregelvollzug aufhalten, oder die sich zum Beispiel aus psychischen Gründen außerstande sehen, mit den Rehabilitierungsbehörden zu kommunizieren, erledigen die Beschäftigten des Bürgerbüros den gesamten Schriftverkehr.

BÜRGERBÜRO E.V.

Die **Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)** erhielt für die Beratung und Betreuung ehemals in der SBZ/DDR politisch Verfolgter Fördermittel des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Die Mitarbeitenden bieten juristische und psychosoziale Beratung für Betroffene an, die eine Rehabilitierung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen oder die Anerkennung von Gesundheitsfolgeschäden anstreben.

Die Ratsuchenden werden bei der Antragstellung sowie bei Behörden und vor Gerichten unterstützt. Ein weiterer Baustein ist die Aufklärungsarbeit, da es immer noch Betroffene gibt, denen die Möglichkeiten der Rehabilitierung, der Anerkennung von Gesundheitsfolgeschäden sowie weitere Hilfsangebote nicht bekannt sind. Auch Betroffene von Adoptionen in der DDR, die an den Umständen ihrer Adoption zweifeln, können sich an die Beratungsstelle der UOKG wenden.

UOKG
UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

Die **Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS)** beriet mit ihrem Landesbüro Berlin ehemals politisch Verfolgte und politische Häftlinge in Fragen der strafrechtlichen, beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung. Die Beratungsarbeit wurde 2025 durch den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten finanziell gefördert. Die Betroffenen wurden auch in Rentenfragen beraten und erhielten Unterstützung vor Behördengängen und bei der Korrespondenz mit Ämtern und Behörden. Beratungsbedarf bestand insbesondere bei der Rehabilitierung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen und bei der Beantragung von Entschädigungsleistungen.

VOS
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
www.vos-ev.de

5.2 Förderung von Projekten zur Bildung und zur historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur

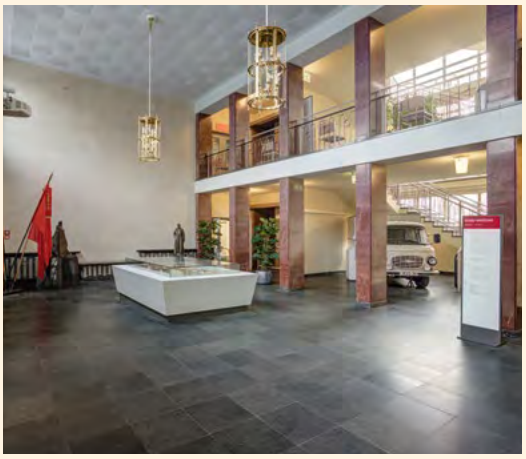
Der Verein **Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 – 1950 e.V.** hat mit Unterstützung des BAB das Theaterstück „Monika Haeger – Inside Stasi" auf die Bühne gebracht. Das dokumentarische Theaterstück von Nicole Heinrich basiert auf Zeitzeugenberichten, Interviews mit Betroffenen von SED-Unrecht und jahrelangen Recherchen.



Aufführung des Stücks „Monika Haeger – Inside Stasi" in der Gedenkbibliothek mit Schauspielerin Bea Ehlers-Kerbekian

Es erzählt entlang der Erinnerungen von Monika Haeger (1945–2006) DDR-Geschichte. Als Heimkind wurde Haeger auf sozialistischen Kurs gebracht, als treue DDR-Bürgerin und Stasi-Mitarbeiterin spionierte sie oppositionelle Gruppen aus. Aufgeführt wurde das Stück am 17. und 18. Dezember 2025 im Theatersaal der Gedenkbibliothek für die Opfer des Kommunismus in Berlin vor insgesamt mehr als 100 Zuschauerinnen und Zuschauern. Die Rolle der Monika Haeger spielte die Schauspielerin Bea Ehlers-Kerbekian. Nach der Vorstellung konnte das Publikum mit der Autorin und Regisseurin Nicole Heinrich diskutieren.

Der Verein **ASTAK e.V.** erhielt Zuwendungsmittel des BAB für die Überarbeitung der Dauerausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur" im Stasimuseum Berlin auf dem Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg. Insbesondere die interaktiven Stationen der Ausstellung sind aufgrund von Verschleiß in erheblichem Maße reparaturbedürftig. Auch plant die ASTAK, eine Zwischenbilanz der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Themenfeldern Ministerium für Staatssicherheit und DDR zu ziehen. Zudem sollen Inhalte aktualisiert und Rückmeldungen von Besucherinnen und Besuchern ausgewertet und aufgegriffen werden.



Das Stasimuseum auf dem Campus für Demokratie

Die Initiative **Aufarbeitung Cottbus – ACB e.V.** veranstaltete am 10. und 11. Oktober 2025 in Berlin ein Symposium mit dem Titel „Was Menschen Menschen antun". Das Symposium in Haus 22 des Campus für Demokratie in Berlin-Lichtenberg thematisierte Ursachen und Wirkweisen gesundheitlicher Folgeschäden infolge von Traumatisierung durch DDR-/SED-Unrechtserleben sowie therapeutische Erfahrungen damit. Angeboten wurden Fachvorträge von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Aufarbeitung sowie Podiums- und Ateliergespräche. Die Vorträge behandelten die Aufarbeitung unter traumapsychologischen, psychosozialen und historischen Aspekten.

Die Ausstellung der **Axel Springer Freedom Foundation gGmbH** „China ist nicht fern", die 2024 zum 35. Jahrestag von Friedlicher Revolution und Mauerfall in Berlin präsentiert wurde, wanderte 2025 in die Hansestadt Lübeck. Vom 18. bis zum 31. August war sie in der Lübecker Altstadt nur wenige Gehminuten vom Holstentor entfernt zu sehen. Als ehemalige westdeutsche Grenzstadt steht Lübeck in engem Bezug zur Geschichte von Freiheit, Trennung und demokratischem Aufbruch. Besonders eindrucksvoll fügte sich die Ausstellung in die Museumsnacht „Wo Freiheit beginnt …" am 30. August 2025 ein, zu der rund 6.200 Menschen kamen. Der BAB förderte den Transport sowie den Auf- und Abbau der Ausstellungscontainer und -elemente.



China ist nicht fern in Lübeck

Das **Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf e.V.** organisierte am 20. September 2025 ein festliches Kolloquium mit dem Titel „Mit Stift, Zorn und Herz – 100 Jahre Reimar Gilsenbach". Mit dieser Veranstaltung erinnerte der Verein an das Lebenswerk des DDR-Menschenrechts- und Umweltaktivisten. Verschiedene Rednerinnen und Redner zeichneten ein facettenreiches Bild Gilsenbachs, der sich für die Rechte von Sinti und Roma in der DDR eingesetzt hatte und ein wichtiger Akteur der nicht staatlich gesteuerten Umweltbewegung war. Die Veranstaltung mit rund 80 Teilnehmenden wurde vom BAB gefördert.

24 ausgewählte Musiktitel von Post-Punk- und Dark-Wave-Bands der DDR aus den Jahren 1982 bis 1990 finden sich auf der Compilation „United States of Melancholia". Die Doppel-LP wurde von der **Ettler & Stieler GbR** für die Plattenfirma Major Label mit Fördermitteln des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten produziert. Dazu gehört ein 16-seitiges Booklet mit Begleittexten zu den einzelnen Bands und Projekten. Die teils oppositionellen Post-Punk-Bands bewegten sich in der DDR außerhalb der staatlichen Förderung und traten oft in kirchlichen Räumen auf. Die Compilation auf Vinyl erscheint in einer Auflage von 800 Stück.



Der Friedenauer **TSC Berlin e.V.** richtete mit Unterstützung des BAB das 34. Mauerfall-Turnier für Berliner Jugend-Fußballmannschaften am 8. und 9. November 2025 aus. Das Turnier findet seit 1990 jedes Jahr zum Jahrestag des Mauerfalls statt.



Jugendmannschaft des Friedenauer TSC

Es ist ein Symbol für sportliches Miteinander, Respekt und Fairness zwischen Ost und West. Die Veranstalter wollen mit dem Turnier für Kinder und Jugendliche eine Zielgruppe an die Geschichte des Mauerfalls heranführen, die immer weniger Bezug zur deutschen Teilung hat.

Die **Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus e.V.** hat es sich zum Ziel gesetzt, die Idee der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verbreiten und zu festigen, das politische Engagement für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und Begegnungen von Betroffenen der kommunistischen Gewaltherrschaft zu ermöglichen. Dazu bietet sie unter anderem Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen an, organisiert Zeitzeugengespräche und Ausstellungen. In der umfänglichen Bibliothek können Interessierte Literatur zu Ursachen und Folgen des Sowjetkommunismus ausleihen. Die Räumlichkeiten dienen auch als Anlaufstelle für ehemals Verfolgte. Der BAB gewährte der Gedenkbibliothek 2025 Zuwendungen für die Bibliotheks- und Bildungsarbeit.

GEDENKBIBLIOTHEK
zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Das **Geschichtsbüro Müller** veranstaltete mit Unterstützung des BAB 2025 die 9. Prenzlauerberginale. Das Filmfestival lief im Berichtsjahr unter der Überschrift „Utopie & Alltag" An vier Tagen im September 2025 zeigten die Veranstalter im Filmtheater am Friedrichshain historische Spielfilme und Dokumentationen, aber auch Nachrichtenstücke mit Bezug zum Prenzlauer Berg. Auf dem Programm standen etwa die DEFA-Spielfilme „Ikarus" (DDR 1975) und „Mein lieber Robinson" (DDR 1970), aber auch die Dokumentation „Lichter aus dem Hintergrund" (D 1998). Außerdem wurden Kurzfilme aus diversen Archiven gezeigt, darunter Material der Staatlichen Filmdokumentation der DDR (SFD). Diese Filmausschnitte sind von besonderem Interesse, da sie nur fürs Archiv produziert wurden, um späteren Generationen die Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus zu verdeutlichen. Ergänzt wurde das Filmprogramm durch Gespräche mit Fachleuten, Filmschaffenden, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.



Programm der Prenzlauerberginale

Die **hug films GbR** aus Halle hat gemeinsam mit der Berliner Filmfirma Mobydok GmbH einen animierten Kurzdokumentarfilm zum Zwangsdoping in der DDR produziert. Der Animadok-Film „Wir wollten Rekorde" zeigt Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, von denen einige die Berliner Kinder- und Jugendsportschulen besuchten. Die Autoren wählten das Format des animierten Dokumentarfilms, weil dieses originelle Visualisierungsmöglichkeiten bietet und so für die Vermittlung komplexer historisch-politischer Inhalte an jüngere Zielgruppen besonders geeignet ist. Der Film soll 2026 öffentlich zu sehen sein.

Die **Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V**. erhielt Fördermittel des BAB, um die Ausstellung „Einweisungsgrund: Herumtreiberei. Disziplinierung in Venerologischen Stationen



Die Zeitzeuginnen Martina B. und Gabriela K. im Gespräch zur Eröffnung der Wanderausstellung „Einweisungsgrund: Herumtreiberei. Disziplinierung in Venerologischen Stationen und Spezialheimen der DDR" am 06.11.2025 im Museum Pankow Berlin

und Spezialheimen der DDR" in Berlin zu zeigen. Dazu wurde die bestehende Wanderausstellung um ein lokalgeschichtliches Roll-up erweitert: Es thematisiert die ehemalige Geschlossene Venerologische Station im Klinikum Berlin-Buch.
Die Ausstellung war rund sechs Wochen lang im Museum Pankow zu sehen und wurde in dieser Zeit von fast 700 Menschen besucht. Ergänzt wurde sie durch ein Begleitprogramm, unter anderem mit einem Erzählcafé, einer Ortsbegehung in Berlin-Buch und einem Beratungstag des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten.

Die **Jetzt! Jetzt! Trafo! GbR** konnte ihr Langzeitprojekt „Verrat – ‚Es hängt ein Grauschleier über der Stadt'" dank BAB-Förderung 2025 fortsetzen. Es befasst sich mit den psychologischen und sozialen Folgen von Stasi-Überwachung und politischer Verfolgung in der DDR. Im Berichtsjahr boten die Initiatoren in der Brotfabrik Berlin zwei Diskursformate an. Die Veranstaltungen standen unter dem Titel „Vertrauen und Macht – Die Sehnsucht nach dem starken Staat" und „Demütigung und Identität – Ostdeutschland zwischen 1962 und heute". Für vertiefende Gespräche standen sowohl Historikerinnen und Historiker als auch Zeitzeuginnen und Zeitzeugen bereit. Mithilfe von spielerischen Elementen, szenischen Interventionen und Performances wurden die Gäste aktiv in die Veranstaltungen einbezogen.



Veranstaltungsgrafik „Verrat"

Der Verein **KidBike e.V.** erhielt BAB-Fördermittel für einen Audioteaser und eine Einführungsausstellung zum Audiowalk am Gedenkort „Barnimstraße 10 – Gefängnis für Frauen". Die Elemente sollen die Sichtbarkeit des Ortes im öffentlichen Raum erhöhen. In der Ausstellung können sich die Besucherinnen und Besucher mit den Eckdaten der Gefängnisgeschichte vertraut machen. Da der Bau Mitte der 1970er-Jahre abgerissen wurde, verweist heute nichts mehr auf das frühere Frauengefängnis. Heute befindet sich auf dem Areal eine Verkehrsschule.



Neugestaltung des Eingangsbereichs Barnimstraße 10 – Hörweg durch ein verschwundenes Frauengefängnis

Der BAB förderte die Veröffentlichung der pophistorischen Dissertation von **Tom Koltermann** mit einem Druckkostenzuschuss. Seine Schrift „Rock im Osten" untersucht den Wandel der DDR-Rockmusik in den 1980er-Jahren und in der Transformationszeit. Analysiert wird, welche Funktionen die aus der DDR stammenden Bands und ihre Musik in der späten DDR einnahmen und welchen Wandel sie nach 1990 durchliefen. Das Buch ist im Ch. Links Verlag in der Reihe „Forschungen zur DDR- und ostdeutschen Gesellschaft" erschienen.



Cover des Buchs „Rock im Osten"

Für die Erstellung einer Kurzkonzeption mit Visualisierungen für die geplante Freiheitsausstellung erhielt die **Kulturprojekte Berlin GmbH** Fördermittel des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Das erstellte Konzeptpapier dient Präsentationszwecken. Es beschreibt eine mögliche Ausstellungsdramaturgie sowie die geplante räumliche Struktur. Die Ausstellung „Opposition und Widerstand" soll als Pilotprojekt eines Forums Opposition und Widerstand realisiert und idealerweise im Humboldt-Forum gezeigt werden. Zugleich soll das Projekt Demokratiemüdigkeit entgegenwirken und ein Bewusstsein für die Bedeutung von Diktaturen und ihrer Überwindung schärfen. Die Konzeptskizze wurde der Öffentlichkeit im Oktober 2025 vorgestellt.

KULTUR PROJEKTE BERLIN

Memorial Deutschland e.V. konnte 2025 mit Unterstützung des BAB ein mobiles Soundsystem mit Mikrofonen und Headsets anschaffen. Es wird im Rahmen des Projekts „Die letzte Adresse" bei öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel eingesetzt. „Die letzte Adresse" würdigt Menschen, die Opfer der sowjetischen Besatzungsmacht wurden, mit einer Gedenktafel an ihrem letzten zivilen Wohnort. Die neue Soundanlage ermöglicht es, die Veranstaltungen zur Einweihung der Gedenktafeln auch bei größerem Verkehrslärm erfolgreich durchzuführen. Sie kam erstmals am 20. März 2026 im Rahmen der Anbringung der Erinnerungstafel für den Fotoreporter Horst Kampioni in Frankfurt (Oder) zum Einsatz. 2026 sind entsprechende Veranstaltungen in Berlin geplant.

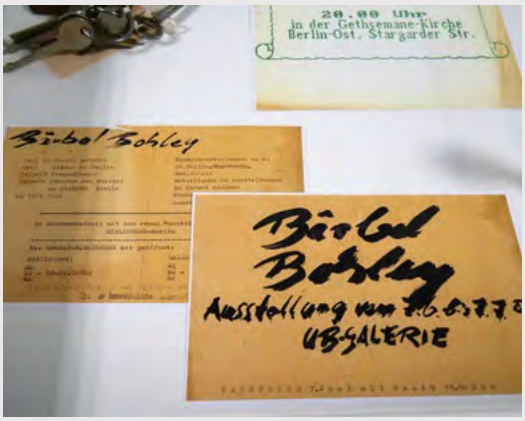
MEMORIAL DEUTSCHLAND

Dr. Alexander Olenik erhielt für die Veröffentlichung seines Buches „Die Kommandantur. Die westlichen Alliierten und die Besatzungsverwaltung Berlins, 1945–1955" einen Druckkostenzuschuss des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Im Mittelpunkt der überarbeiteten Dissertation steht die Alliierte Kommandantur, ursprünglich eine gemeinsame Behörde der vier Besatzungsmächte Berlins. Alle grundlegenden Entscheidungen in Bezug auf Gesamt-Berlin gingen in den Nachkriegsjahren von der Kommandantur aus. Bisher existiert vergleichsweise wenig Forschung und Literatur über das Wirken der Behörde. Das Buch ist in der Schriftenreihe der Historischen Kommission zu Berlin e.V. im De Gruyter Verlag erschienen.



Cover des Buchs „Die Kommandantur"

Die **Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (RHG)** betreibt das Archiv der DDR-Opposition und ist in der historisch-politischen Bildung tätig. Das Archiv ist die wichtigste Quellensammlung von Selbstzeugnissen zu Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur. Die kontinuierliche Arbeit an den Beständen, die Sicherung des Archivbetriebs und die Erweiterung der Sammlungen sind von großer wissenschaftlicher und geschichtspolitischer Bedeutung. Außerdem betreut die RHG die Ausstellung „Revolution und Mauerfall" auf dem Campus für Demokratie und betreibt die Webseite www.revolution89.de. Darüber hinaus vermittelt sie durch zahlreiche Veranstaltungen die Geschichte von Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR. Eine weitere wichtige Aufgabe der RHG ist es, die Verwirklichung des Forums Opposition und Widerstand auf dem Campus für Demokratie voranzutreiben. Die RHG erhält eine dauerhafte Projektförderung, hälftig durch den Bund über den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und hälftig durch das Land Berlin über den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten.



Archivgut der Robert-Havemann-Gesellschaft

Das Musiktheaterkollektiv **Schatz & Schande e.V.** führte im November 2025 sein Projekt „Ich bin mir selber fremd geworden" drei Mal auf dem Campus für Demokratie auf. Die Aufführungen in Haus 22 der ehemaligen Stasi-Zentrale mit insgesamt mehr als 200 Besucherinnen und Besuchern wurden vom BAB gefördert. Ausgangspunkt sind zeitgenössische Vertonungen von Gedichten, die Frauen während ihrer Inhaftierung im Zuchthaus Hoheneck geschrieben haben, sowie Kompositionen, die Aspekte des Haftalltags musikalisch verarbeiten. Das Projekt, das Elemente aus Musiktheater, Performance und Konzert verbindet, verleiht Verfolgten der SED-Diktatur eine Stimme und vermittelt gleichzeitig Informationen über das Wirken der SED-Diktatur.



Szenenbild der Aufführung

In der **Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen** förderte der BAB 2025 Projekttage zur historisch-politischen Bildung. Die Projekttage richten sich an Schulen und andere Bildungseinrichtungen. Anliegen ist es, Schülerinnen und Schüler für das an diesem Ort begangenen Unrecht in der DDR zu sensibilisieren und ihnen den Wert freiheitlicher Grundrechte und allgemeiner Menschenrechte zu vermitteln. Die Gedenkstätte führte im Berichtsjahr 36 moderierte biografische Seminare, 50 thematische Projekttage sowie fünf inklusive Projekttage für blinde und seheingeschränkte Jugendliche durch. Die Buchungszahlen verdeutlichen, dass das Interesse junger Menschen und ihrer Lehrkräfte an der Gedenkstätte ungebrochen hoch ist.

Gedenkstätte
Hohenschönhausen

Der BAB unterstützte mit Fördermitteln ein Forschungsprojekt der **Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)** zu Zwangsarbeit in der Strafvollzugseinrichtung Rummelsburg. Ehemalige politische Häftlinge der DDR und ihre Verbände fordern regelmäßig, die ausbeuterischen Verhältnisse in den Gefängnissen der DDR auch durch bundesdeutsche Unternehmen kompensiert zu sehen. Ziel der Forschungsarbeit ist es zunächst, Informationen über die Betriebe zu gewinnen, die in die Zwangsarbeit in Rummelsburg involviert waren, um idealerweise Lieferketten rekonstruieren zu können. Dazu sollen öffentliche Quellen ausgewertet und der Aktenbestand im Landesarchiv Berlin herangezogen werden. Die gewonnen Erkenntnisse sollen anschließend für die weitere Forschung verfügbar gemacht werden.

Zwangsarbeit in der DDR



Liege- und Klappstühle waren meist schnell belegt. Später kommende Gäste fanden Platz auf Rasenflächen und Treppen, hatten oft auch eigene Sitzgelegenheiten dabei

STORY

Umsonst und draußen

Campus-Kino in der ehemaligen Stasi-Zentrale

Erst sechs Jahre alt und schon eine Institution: Das 2020 gestartete Campus-Kino auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg hat sich zum Dauerbrenner im Berliner Sommerprogramm entwickelt. Von Jahr zu Jahr kommen mehr Besucherinnen und Besucher in das Open-Air-Kino. Gezeigt werden jedes Jahr im August an drei Tagen pro Woche Spielfilme und Dokumentationen zu den Themen DDR, Friedliche Revolution, Einheit und Transformationszeit – bei freiem Eintritt. Seit 2021 wird das Filmfest vom Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv, der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gemeinsam veranstaltet.

Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht, Lockdown. Im ersten Halbjahr 2020 kam es wegen der Corona-Pandemie zu massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Vor diesem Hintergrund entstand die Idee für das Campus-Kino auf dem Campus für Demokratie. Denn als im Sommer des ersten Pandemiejahres die Infektionszahlen zurückgingen, konnten zumindest unter freiem Himmel wieder Veranstaltungen stattfinden – wenn auch mit Einschränkungen.

Ein Jahr später war die Lage noch nicht viel besser, erinnert sich der stellvertretende Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne, in dessen Zuständigkeitsbereich das Projekt gehört: „Open-Air-Veranstaltungen waren im Sommer 2021 zwar erlaubt, allerdings unter Auflagen: Daher mussten die Veranstalter ein Hygienekonzept erarbeiten und die Kontaktdaten der Besucherinnen und Besucher erfassen." Diese ließen sich von den Umständen jedoch nicht abschrecken. 2020 kamen rund 2.400 Menschen zu den Filmvorführungen. Im August 2021 wurden fast 2.700 Personen gezählt.

In den Jahren danach ging es weiter aufwärts. 2025 konnten die Kooperationspartner mit rund 10.700 Gästen einen neuen Besucherrekord vermelden. „Die Mischung aus Spiel- und Dokumentarfilmen, aus Gesprächen mit Filmschaffenden, Fachleuten, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen stimmt einfach", erklärt Dr. Jens Schöne den Erfolg des Campus-Kinos. Dazu kommt ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm mit Führungen über das Gelände sowie durch die Archive und Ausstellungen auf dem Campus. „Aber auch der historisch bedeutsame Ort spielt eine wichtige Rolle", ist der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte überzeugt. „Es ist schon ein besonderes Erlebnis, Filme über die Machenschaften der Stasi an genau dem Ort zu sehen, an dem einst bis zu 7.000 Mitarbeiter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit an der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung arbeiteten."

Den bisherigen Rekord mit 1.300 Besucherinnen und Besuchern verzeichnete das Campus-Kino am 19. August 2025 beim Film „Stasi FC". Die Kino-Dokumentation zeigt, wie die Geheimpolizei den Fußball als Werkzeug der Macht nutzte und so das Leben von Spielern, Trainern und Fans beeinflusste. Interviews mit Zeitzeugen und seltenes Archivmaterial machten deutlich, wie Sport und Politik in der DDR miteinander verflochten waren. Auch die Spielfilme „Die Architekten" und „Berlin is in Germany" zogen jeweils mehr als 1.000 Filmfans an.

Gründe für den Besuch des Campus-Kinos sind vor allem das Interesse an den Themen DDR und Stasi bzw. am Gegenstand eines bestimmten Films. Das geht aus einer Befragung hervor, die das Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv 2025 unter den Besucherinnen und Besuchern durchgeführt hat. Aber auch die Stasi-Zentrale als historische Kulisse für einen Kinoabend und der freie Eintritt motivierten viele der Befragten, sich eine Filmvorführung auf dem Campus anzuschauen. Rund zwei Drittel der Menschen, die 2025 Veranstaltungen des Campus-Kinos besuchten, kannten das Open-Air-Kino schon aus den Vorjahren. Sie wirken als Multiplikatoren: Viele, die zum ersten Mal da waren, gaben an, aufgrund von Empfehlungen aus dem Freundeskreis und von Bekannten auf das Filmangebot aufmerksam geworden zu sein.

„Mit dem kostenlosen Angebot schaffen wir einen Anreiz, sich mit den Themen DDR, Stasi und Aufarbeitung der SED-Diktatur zu beschäftigen", sagt Dr. Jens Schöne. „Wir hoffen, dass wir mit unserer Mischung aus spannenden Spielfilmen, berührenden Dramen und hintergründigen Dokus auch in Zukunft viele Berlinerinnen und Berliner dazu motivieren, das Campus-Kino zu besuchen."



Expertengespräch vor dem Film „Zwei zu eins" mit Lysann Goldbach (Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW), Dr. Jens Schöne (stellv. Berliner Aufarbeitungsbeauftragter) und Prof. Dr. Daniela Münkel (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv)



Gute Sicht auf die Leinwand von den Sitzinseln auf dem Campus

6. AUFKLÄREN

„Die (...) geleistete Recherchearbeit war für alle Beteiligten ein lohnendes Projekt und ein anschaulicher, lebendiger Geschichts-unterricht, der Lust auf mehr gemacht hat. Ich kann nur gratulieren!"

Reinickendorfs Bezirksbürgermeisterin
Emine Demirbüken-Wegner zur BAB-Reihe „Mein Kiez"
in Hermsdorf im Juli 2025.
Die Veranstaltungen wurden von Schülerinnen und Schülern
des Georg-Herwegh-Gymnasiums gestaltet.

Die Förderung der politischen und historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur gehört zum gesetzlichen Auftrag des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Zu diesem Zweck hat das BAB-Bildungsteam, dem im Berichtsjahr neben der Leiterin Dr. Andrea Bahr zwei weitere Historikerinnen als Bildungsreferentinnen angehörten, diverse Veranstaltungs- und Publikationsformate für unterschiedliche Zielgruppen erarbeitet, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen.

6.1 Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins

Die 2022 gestartete Veranstaltungsreihe „Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins" machte im Berichtsjahr 2025 in den Ortsteilen Alt-Hohenschönhausen (Mai), Hermsdorf (Juli), Lübars (August), und Buch (September) Station. Ziel der Reihe ist es, die Aufklärung über die SED-Diktatur und ihre Folgen in die Berliner Kieze zu tragen. Dabei steht die lokale Geschichte jeweils im Mittelpunkt.

In **Alt-Hohenschönhausen** im Osten Berlins befinden sich verschiedene Orte, die während der Teilung Berlins die Macht des SED-Regimes repräsentierten. Einer davon ist das ehemalige Stasi-Untersuchungsgefängnis. Die meisten Ost-Berlinerinnen und -Berliner wussten nichts von der Haftanstalt, weil sie in einem militärischen Sperrgebiet lag. Weithin bekannt war hingegen das Sportforum als Leistungszentrum für den Spitzensport. Es symbolisierte die von der DDR angestrebte sportliche Überlegenheit, die das Land international im besten Licht zeigen sollte. Beide Orte der Macht beeinflussten das Leben in Alt-Hohenschönhausen auf ganz unterschiedliche Weise: das Stasi-Gefängnis als „verbotene Zone" mit Wachtürmen und Überwachungskameras, das Sportforum als Trainingszentrum und Austragungsort des DDR-Spitzensports.



Rundgang durch den einstigen Sperrbezirk mit dem Zeitzeugen Gilbert Furian

BAB-Bildungsreferentin Michèle Matetschk-Delhaes organisierte in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ein Podiumsgespräch am 15. Mai 2025 mit Dr. Elke Stadelmann-Wenz von der Gedenkstätte und Dr. Jutta Braun vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Die Historikerinnen diskutierten über Alt-Hohenschönhausens Orte der Macht und wie sie sich bis heute gewandelt haben. Außerdem gab es am 22. Mai 2025 eine Führung mit anschließendem Zeitzeugengespräch. Der Zeitzeuge Gilbert Furian führte die rund 25 Teilnehmenden durch den einstigen Sperrbezirk rund um das Stasi-Gefängnis. Wichtige Stationen des Rundgangs waren die Gebäude des sogenannten Operativ-Technischen Sektors (OTS) der DDR-Staatssicherheit, in denen Abhöreinrichtungen und Miniaturkameras hergestellt wurden. Auch die Villa Heike – das ehemalige Anwesen eines Fabrikanten, das von der Stasi als Geheimarchiv für NS-Akten genutzt

wurde – und das „Lager X", in dem Inhaftierte ab Anfang der 1950er-Jahre Zwangsarbeit leisten mussten, wurden besichtigt. Ergänzend bot der BAB in Zusammenarbeit mit der Stadtteilkoordination Hohenschönhausen Süd und verschiedenen Nachbarschaftsinitiativen vier Kiezgespräche an. Dabei konnten die Teilnehmenden über ihre eigenen Erlebnisse in Alt-Hohenschönhausen sprechen und ihre unterschiedlichen Erfahrungen austauschen.



Im Foyer der Villa Heike

Der West-Berliner Ortsteil **Hermsdorf** im Norden der Halbstadt lag an der Berliner Mauer und grenzte an den damaligen Bezirk Potsdam. Seine Lage war jedoch nicht so exponiert wie etwa das an drei Seiten von der Mauer umschlossene benachbarte Frohnau. Bis auf einen Fluchttunnel war Hermsdorf folglich seltener als andere Stadtteile Schauplatz spektakulärer Ereignisse im Zusammenhang mit dem DDR-Grenzregime. Dies nahmen Schülerinnen und Schüler aus den 9. und 11. Klassen des Hermsdorfer Georg-Herwegh-Gymnasium zum Anlass, die Auswirkungen der Grenze auf ihren Kiez zu erforschen. Gemeinsam mit BAB-Bildungsreferentin Elena Demke und Geschichtslehrerin Lea Honoré verschafften sie sich im Rahmen einer freiwilligen Arbeitsgemeinschaft eine Übersicht über historische Zusammenhänge, kamen mit fast zwei Dutzend Nachbarinnen und Nachbarn über deren Erlebnisse während der Teilung ins Gespräch, studierten Aktenauszüge und historische Fotos. Dabei machten sie auch Entdeckungen zur Schulgeschichte: In den Ausgaben der Schülerzeitung aus den 1980er-Jahren kann man die Sicht der damaligen Jugendlichen auf die nahe Grenze nachlesen. Einige, die schon in den 1950er-Jahren das Gymnasium besucht haben, stellten Fotos aus der Zeit bereit und erzählten davon, wie Jugendliche aus Brandenburg noch schulische „Grenzgänger" in Hermsdorf waren.

Auf der Basis des fünfmonatigen Projekts gestalteten die Schülerinnen und Schüler schließlich die Veranstaltungen von „Mein Kiez" in Hermsdorf Anfang Juli 2025. Angeboten wurden beispielsweise öffentliche Kiez-Spaziergänge entlang des ehemaligen Grenzstreifens. Daran waren alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft beteiligt: Einige übernahmen die Erklärungen vor Ort und erläuterten historische Fotos, andere organisierten den abschließenden Empfang in der Schule. Das Deutschlandradio dokumentierte in einer Reportage den großen Erfolg des Angebots. Die Hermsdorfer Jugendlichen moderierten außerdem ein Podiumsgespräch mit dem ehemaligen Schülersprecher Florian Giese und dem vormaligen Fluchthelfer Dr. Burkhard Veigel im Museum Reinickendorf. Diese Veranstaltung unter dem Titel „Spurlos? Mauernähe und Alltagsleben in Berlin-Hermsdorf" war wie zuvor auch die Kiez-Spaziergänge ausgebucht und ein lebendiger Austausch zwischen drei Generationen.



Die Schülerinnen und Schüler hatten die Kiez-Spaziergänge selbst erarbeitet und erläuterten den Teilnehmenden die historischen Orte



Abschluss vor dem Georg-Herwegh-Gymnasium

Lübars, ebenfalls im Norden West-Berlins gelegen, stand im August 2025 im Mittelpunkt von „Mein Kiez". Der Ortsteil grenzte im Norden und im Osten an die Staatsgrenze der DDR und hatte sich seinen dörflichen Charakter bewahrt. Mit seinem idyllischen Dorfkern, seinen weitläufigen Wiesen, Feldern und Pferdekoppeln war Lübars während der Teilung ein beliebtes Ausflugsziel für West-Berlinerinnen und -Berliner, die dort die Natur erleben und sich vom Großstadtleben erholen konnten. Gleichzeitig wurde auf den Lübarser Bauernhöfen Landwirtschaft betrieben. Viele West-Berliner Schulkinder sahen in Lübars ihre ersten „echten" Hühner, Kühe oder Schafe.



Dr. Jens Schöne hielt einen unterhaltsamen, anekdotenreichen Vortrag über das ländliche Berlin

In Zusammenarbeit mit dem Labsaal Lübars bot der BAB im Kiez einen Vortrag mit Diskussion und ein Kiezgespräch an. Der stellvertretende Berliner Aufarbeitungsbeauftragte und Historiker Dr. Jens Schöne sprach am 6. August 2025 über die ländlichen Räume Berlins. Am Beispiel des Ortsteils Lübars thematisierte er die Besonderheiten der Berliner Landwirtschaft und wie die deutsche Teilung die ländlichen Räume innerhalb Berlins nachhaltig beeinflusst und verändert hat. Beim Kiezgespräch am 13. August 2025 tauschten sich Menschen aus Lübars und Umgebung miteinander über ihre Erinnerungen an die Zeit der Teilung und deren Spuren im heutigen Lübars aus.

In **Buch** ging es im September 2025 mithilfe der Begriffe „Berühren – Verletzen – Verbinden" um Nachwirkungen der DDR-Medizingeschichte und um persönliche Erinnerungen an den Kiez zwischen dörflichem Charakter und entstehenden Neubaugebieten in den 1970er- und 1980er-Jahren. Neben dem Museum Pankow waren die Stadtteilbibliothek, das Max-Delbrück-Center und das von Albatros e.V. geführte Stadtteilzentrum Kooperationspartner des BAB. Die große Bedeutung solcher zivilgesellschaftlichen Akteure in einem Stadtteil mit geringer kultureller und sozialer Infrastruktur wurde dabei immer wieder deutlich. Die anfängliche Skepsis einiger Bucherinnen und Bucher gegenüber der Aufarbeitung der SED-Diktatur wich an diesen Orten, die als kulturelle Zentren in der Nachbarschaft verankert sind, zusehends einer offenen Gesprächskultur.



BAB-Referentin Elena Demke (rechts) begrüßt die Gäste zur Lesung mit den Schauspielerinnen Katrin Röver (links) und Nele Rosetz (Mitte)

So wurde eine Lesung der Schauspielerinnen Nele Rosetz und Katrin Röver aus Tagebüchern der Autorinnen Maxie Wander und Brigitte Reimann, die beide in den 1970er-Jahren Krebs-Patientinnen in Berlin-Buch waren, zum Anlass berührender Gespräche. Ein Vortrag der Medizinhistorikerin Dr. Fruzsina Müller über die Venerologische Station als Repressionsort gegen unangepasste junge Frauen in der DDR führte zu einem interessanten Austausch: Heutige Bewohnerinnen und Bewohner des ehemaligen Klinikgebäudes diskutierten mit Betroffenen über das notwendige Gedenken an diese Form

des SED-Unrechts. In einer weiteren Veranstaltung waren der frühere Molekularbiologe und spätere Politiker Jens Reich und seine Ehefrau, die Ärztin Eva Reich, zu Gast, die beide während der DDR-Zeit in Buch gearbeitet hatten. Im Zeitzeugengespräch wurde nachvollziehbar, wie aus einem kritischen, aber politisch eher angepassten jungen Paar in der DDR mutige Oppositionelle wurden.



Eva und Jens Reich beim Zeitzeugengespräch

6.2 BAB-Schulprogramm

Im Berichtsjahr bot der BAB elf Schulkino-Vorführungen und fünf Lesungen für Schülerinnen und Schüler an. Dazu setzte der BAB die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Medienpädagogin Antje Bernhardt (bernhardt-bildung) fort. 2025 kamen insgesamt knapp 2.500 Kinder und Jugendliche zu den 16 Veranstaltungen – etwas weniger als im Vorjahr. Dennoch lässt sich konstatieren, dass die BAB-Schulveranstaltungen sich inzwischen in Berlin etabliert haben und bei Lehrerinnen und Lehrern bekannt sind. Mehrere Kino-Vorführungen waren bereits frühzeitig ausgebucht. In manchen Fällen sagten Klassen allerdings auch kurzfristig ihre Teilnahme ab, weil ihre Lehrkraft erkrankt war. Wegen der Planungsprozesse an den Schulen ist es dann in der Regel nicht möglich, die freigewordenen Plätze an andere Schulklassen zu vergeben.

Bei den Kinoveranstaltungen wurden die Filme „Berlin – Tunnel zur Freiheit" (ab Klasse 10), „Die Akte Lindenberg – Udo und die DDR" (ab Klasse 10), „Sputnik" (Klasse 4 – 6), „Das schweigende Klassenzimmer" (ab Klasse 9), „Jenseits der blauen Grenze" (ab Klasse 9), „Die Unbeugsamen 2 – Guten Morgen, Ihr Schönen!" (ab Klasse 10), „Fritzi. Eine Wendewundergeschichte" (Klasse 4 – 6), „The Spies Among Us" (ab Klasse 10) und „Bornholmer Straße" (ab Klasse 8) gezeigt.

Im Anschluss an die Filmvorführungen standen die BAB-Historikerinnen und -Historiker Dr. Andrea Bahr, Dr. Jens Schöne und Dr. Anja Schröter für Fragen zur Verfügung. Außerdem konnten für mehrere Veranstaltungen Filmschaffende, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gewonnen werden.



Nach dem Film „Bornholmer Straße" konnten die Schülerinnen und Schüler im Hackesche Höfe Kino den Historiker Dr. Jens Schöne sowie Rainer und Heide Schwochow befragen

Datum	Film/Kino/Gast	Zahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler	Zahl der teilnehmenden Schulen	Stadtteile
28.1.2025	„Berlin – Tunnel zur Freiheit“ im Hackesche Höfe Kino Gast: Joachim Neumann (Zeitzeuge)	225	7	Charlottenburg, Kreuzberg, Lichtenberg, Tempelhof, Wannsee, Zehlendorf
19.3.2025	„Die Akte Lindenberg – Udo und die DDR“ im Hackesche Höfe Kino	185	4	Charlottenburg, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Wannsee
28.4.2025	„Sputnik“ im Cinema Paris Gast: Markus Dietrich (Regisseur und Drehbuchautor)	160	6	Pankow, Prenzlauer Berg, Reinickendorf
29.4.2025	„Sputnik“ im Cinema Paris Gast: Markus Dietrich (Regisseur und Drehbuchautor)	152	3	Friedenau, Mitte, Pankow
30.4.2025	„Sputnik“ im Cinema Paris Gast: Markus Dietrich (Regisseur und Drehbuchautor)	195	2	Friedenau, Mitte
10.7.2025	„Das schweigende Klassenzimmer“ im Delphi-Filmpalast Gast: Karsten Köhler (Zeitzeuge)	340	8	Köpenick, Potsdam, Schöneberg, Wilmersdorf, Zehlendorf
17.9.2025	„Jenseits der blauen Grenze“ im Delphi-Filmpalast Gäste: Willi Geitmann (Schauspieler), Dorit Linke (Autorin des Buches, auf dem der Film basiert), Dr. Peter Keup (Zeitzeuge und Historiker)	100	3	Lichtenberg, Steglitz, Wilmersdorf
30.9.2025	„Die Unbeugsamen 2 – Guten Morgen, Ihr Schönen!“ im Cinema Paris Gast: Katja Lange-Müller (Schriftstellerin und Protagonistin des Films)	136	2	Marienfelde, Zehlendorf

Datum	Film/Kino/Gast	Zahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler	Zahl der teilnehmenden Schulen	Stadtteile
6.11.2025	„Fritzi. Eine Wende-wundergeschichte“ im Hackesche Höfe Kino Gast: Ulrike Poppe (Zeitzeugin)	231	3	Kaulsdorf, Kreuzberg, Lichtenberg
11.11.2025	„The Spies Among Us“ im Cinema Paris Gast: Peter Keup (Historiker und Protagonist des Films)	60	1	Zehlendorf
12.11.2025	„Bornholmer Straße“ im Hackesche Höfe Kino Gäste: Rainer und Heide Schwochow (Zeitzeugin und Zeitzeuge, Drehbuchautor und Drehbuchautorin)	139	6	Gesundbrunnen, Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Prenzlauer Berg, Reinickendorf, Spandau

Bei den Lesungen trugen die Schauspielerinnen Claudia Lietz und Ulrike Müller sowie der Schauspieler Gregor Knop Auszüge aus Kinder- und Jugendbüchern vor. Gelesen wurde aus den Büchern „Gertrude Grenzenlos“ von Judith Burger, „Pullerpause im Tal der Ahnungslosen“ von Franziska Gehm, „Der Tunnelbauer“ von Maja Nielsen und „Das Mauerschweinchen“ von Katja Ludwig. Die Veranstaltungen fanden im Hackesche Höfe Kino und im Kant Kino statt.



Zu „Fritzi. Eine Wendewundergeschichte“ im Hackesche Höfe Kino mit Zeitzeugin Grit Poppe kamen mehr als 230 Schulkinder

Regelmäßig erreichen den BAB Anfragen von Schülerinnen und Schülern, die Unterstützung bei Präsentationen oder Prüfungsarbeiten benötigen. Im Berichtsjahr betreute Bildungsreferentin Michèle Matetschk-Delhaes eine Schülerin, die für eine Projektarbeit Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen führen wollte.

Die Volontärin und der Volontär des Museums Marzahn-Hellersdorf verbrachten im Rahmen ihrer Ausbildung einen Projekttag in der Dienststelle des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. Dabei erläuterte ihnen der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne die Aufgaben und Arbeitsbereiche der Behörde. Vertiefend informierten sich die jungen Leute über das Aufgabengebiet der Beratungsabteilung sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

6.3 Kooperations-veranstaltungen

Am 18. März 2025, dem 35. Jahrestag der ersten und letzten freien Wahlen in der DDR, veranstaltete der BAB gemeinsam mit dem Abgeordnetenhaus von Berlin eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Auf der anderen Seite der Mauer. Ostdeutsche Blicke auf Revolution und Einheit aus dem Westen". Nach Begrüßungsworten von Cornelia Seibeld als Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin und Frank Ebert als Berliner Aufarbeitungsbeauftragtem sprach rbb24-Redakteurin Ulrike Bieritz mit ihren Gästen über ihren damaligen Blick auf die Friedliche Revolution und den Prozess der Wiedervereinigung. Auf dem Podium diskutierten der Vorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. Dieter Dombrowski, der 1974 als politischer Häftling in der DDR von der Bundesrepublik freigekauft wurde, die Historikerin Dr. Annette Schuhmann, die im Juli 1989 aus der DDR ausgereist war, der ehemalige Fluchthelfer Dr. Burkhart Veigel sowie Ralf Hirsch, der 1988 ausgebürgert wurde und bis 1991 als Referent beim damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin Walter Momper tätig war.



Podiumsgespräch im Casino des Abgeordnetenhauses Von links: Dr. Burkhart Veigel, Dieter Dombrowski, Ulrike Bieritz, Ralf Hirsch, Dr. Annette Schuhmann

In Kooperation mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung zeigte der BAB am 27. März 2025 den Film „Die Unbeugsamen 2 – Guten Morgen, Ihr Schönen" im b-ware! ladenkino. Der Dokumentarfilm von Regisseur Torsten Körner porträtiert 15 Frauen in der DDR und ihren Kampf um Chancengleichheit. Die Protagonistinnen setzten sich für ihre Rechte in einem Staat ein, in dem Gleichberechtigung zwar gesetzlich verankert war, aber im sozialistischen Alltag auch enge Grenzen fand. Der Film ist die Fortsetzung der Dokumentation „Die Unbeugsamen", in der es um Politikerinnen und ihren Kampf um politische Beteiligung in der Bonner Republik geht. Im Anschluss an die Vorführung sprachen Christina Henke, Staatssekretärin für Bildung des Landes Berlin, und Dr. Marina Grasse, ehemalige Gleichstellungsbeauftragte der DDR, mit BAB-Bildungsreferentin Michèle Matetschk-Delhaes über den Film.



Das b-ware! Ladenkino in Berlin-Friedrichshain

Im Zusammenhang mit der Reihe „Mein Kiez" ergaben sich 2025 im Stadtteil Buch weitere Kooperationen. So bot der Kiez-Treff des Stadtteilzentrums Berlin-Buch unter dem Titel „Ich sehe was, was du nicht siehst" eine Nachmittagsveranstaltung am 13. Mai 2025 an. BAB-Referentin Elena Demke zeigte historische Fotos aus Berlin-Buch, um ein Gespräch zwischen den Besucherinnen und Besuchern über ihren Stadtteil damals und heute anzuregen.

Bei einer Kooperationsveranstaltung mit der Udo Lindenberg Stiftung und mit bernhardt-bildung am 8. Juli 2025 „expandierte" das BAB-Schulkino nach Hamburg. Im Abaton-Kino wurde die Dokumentation „Die Akte Lindenberg – Udo und die DDR" gezeigt. Im Anschluss an die Filmvorführung standen der Saxofonist des Panikorchesters Noah Fischer, der Mitbegründer des Panikorchesters Steffi Stephan, Zeitzeuge Gerry Dietz und der Historiker und stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne für Fragen zur Verfügung. Insgesamt 150 Jugendliche hatten an der Veranstaltung teilgenommen. Ehrengäste waren Hamburgs Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher, seine Ehefrau Eva-Maria und Udo Lindenbergs Schwester Inge.



Von links: Noah Fischer, Inge Lindenberg, Eva-Maria Tschentscher, Dr. Jens Schöne, Dr. Peter Tschentscher, Antje Bernhardt, Gerry Dietz

Am 25. September 2025 ging es bei einer Kooperationsveranstaltung mit dem Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Neubrandenburg um die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bis 1948. Dr. Jens Schöne erläuterte in einem Vortrag, wie es zur Bodenreform kam und welche Veränderungen sich daraus ergaben. Auch ging er der Frage nach, wie Bodenreform und Kollektivierung in der DDR bis heute fortwirken.

Im November 2025 war der BAB bei zwei weiteren Veranstaltungen in Buch Kooperationspartner: Bei einem Filmabend mit dem Max-Delbrück-Center am 18. November 2025 zeigte BAB-Referentin Elena Demke unter dem Titel „Von Kobalt-Kanone bis Schlaftherapie" ausgewählte Ausschnitte aus DDR-Filmdokumentationen zum Medizinstandort Berlin-Buch. Mehr als 70 Interessierte sahen im Filmsaal des Max-Delbrück-Centers Ausschnitte aus DEFA-Wochenschauen und Dokumentationen von 1950 bis 1986, deren thematische Bandbreite von Porträts erfolgreicher Ärzte und Forscherteams über den Einsatz medizinischer Technologie in der DDR bis hin zum Umgang mit dem Sterben reichte.



Filmabend mit selten gezeigten Ausschnitten aus DDR-Wochenschauen und -Dokus

Am 20. November 2025 ging es unter dem Titel „Krankenhäuser, Dorf-Idyll und Neubau-Optimismus" um Berlin-Buch in Fotos aus der DDR. Gezeigt wurden historische Fotos aus Buch aus dem Bestand des Museums Pankow und des Medienarchivs Gade, die erstaunliche Gegensätze offenbarten: Rieselfelder und Schweineställe auf der einen Seite, medizinische Kliniken auf der anderen. Fotos, die den dörflichen Charakter des Ortskerns von Buch dokumentierten, bildeten einen interessanten Kontrast zu Fotos der Neubaugebiete, die ab den 1960er-Jahren entstanden. Zu Beginn erläuterten Beschäftigte des Stadtteilzentrums, des Museums Pankow und des BAB ihre persönlichen Assoziationen zu den Bildern. Im Publikum weckten die Fotos zahlreiche Erinnerungen und führten zu einem lebhaften und zugleich respektvollen Austausch über unterschiedliche Perspektiven auf die DDR-Geschichte.

Gemeinsam mit dem Landesbüro Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Landeszentrale für politische Bildung veranstaltete der BAB am 9. Dezember 2025 im Frannz-Club ein Pub-Quiz zu 35 Jahren Deutscher Einheit. Als Talkgäste nahmen Sonja Rosenstiel vom Museum in der Kulturbrauerei Berlin, Dr. Jens Schöne vom BAB und die Berliner SPD-Abgeordnete Linda Vierecke teil.

6.4 Campus-Kino

Zum sechsten Mal luden das Stasi-Unterlagen-Archiv, der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte und die Robert-Havemann-Gesellschaft im August 2025 zum Campus-Kino auf dem Campus für Demokratie. Vier Wochen lang zeigte das Open-Air-Kino Spiel- und Dokumentarfilme zur DDR-Geschichte, über die Staatssicherheit, die DDR-Opposition und die Transformationszeit. Mit rund 10.700 Besucherinnen und Besuchern verzeichneten die Veranstalter einen neuen Rekord (siehe Story Seite 74).

6.5 Publikationen

Im Herbst 2025 veröffentlichte der BAB zum 35. Jahrestag der Deutschen Einheit die Broschüre „1989/90". Die Autorinnen Dr. Andrea Bahr und Michèle Matetschk-Delhaes zeichnen auf knapp 40 Seiten nach, wie sich die Proteste in der DDR 1989 entwickelten und schließlich zur Öffnung der Berliner Mauer und zur Deutschen Einheit führten. Sie gehen auch auf die Folgen ein, die die Änderungen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems für viele Bürgerinnen und Bürger der DDR mit sich brachten. Die Broschüre richtet sich an Studierende, Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 10 sowie an Interessierte.



Bereits erschienen sind die Broschüren „Oppositionelle Frauen in Ost-Berlin in den 1980er-Jahren", „Der 17. Juni 1953 in Berlin" und „Wahlen in der DDR". Die Hefte können auf der Webseite des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten heruntergeladen sowie in gedruckter Form – auch als Klassensatz – bestellt werden.

2025 wurde außerdem die Podcast-Reihe „Entschädigt" fortgesetzt. Alle Folgen sind auf der BAB-Webseite sowie bei den gängigen Anbietern abrufbar.

6.6 Beiträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BAB bei Veranstaltungen Dritter

BAB-Referentin Elena Demke hielt am 23. September 2025 einen Gastvortrag mit dem Titel „Kalter Krieg der Mauerbilder: Zur Bildsprache der Teilung Berlins". Der Vortrag war Teil einer Veranstaltung der SPD-Ortsgruppe Rosenthaler Vorstadt zum Umgang mit dem Denkzeichen „Kaninchenfeld" am ehemaligen Grenzübergang Chausseestraße.

Am 8. Oktober 2025 war BAB-Bildungsleiterin Dr. Andrea Bahr Podiumsgast beim neunten Salon des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e. V. Unter dem Titel „Solidarisch Erinnern – Ideen für eine vernetzte Gedenkkultur" sprachen die Teilnehmenden über aktuelle Herausforderungen für die Erinnerungsarbeit. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie trotz Kürzungen im Kultur- und Bildungsetat und einer Verschiebung des politischen Diskurses eine solidarische Gedenklandschaft erhalten bzw. überhaupt erst aufgebaut werden kann.

Beim Projekt der Udo Lindenberg Stiftung „Hinterm Horizont macht Schule" wirkte wie bereits 2024 der stellvertretende Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Jens Schöne als beratender Historiker mit. Dazu reiste er im Dezember 2025 nach Limburg in Hessen, um dort einen Vortrag vor Schülerinnen und Schülern zu halten und ihre Fragen zu beantworten. Das Projekt hat zum Ziel, Jugendliche an die Geschichte und die Folgen der deutschen Teilung heranzuführen.

7. AUSBLICK

„Wir können das, was den Menschen passiert ist, nicht ungeschehen machen. Unser Anspruch sollte aber sein, dass wir die Folgen der erlebten Repression lindern und den Betroffenen zur Seite stehen."

Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke
bei der Abschlussveranstaltung des Verbundes
„Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht"
am 11. Juni 2025 in Erfurt

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur bleibt auch in den kommenden Jahren ein wichtiges Thema. Ehemals Verfolgte und ihre Angehörigen belastet das unter dem SED-Regime erlebte Unrecht oft ein Leben lang. Viele Betroffene leben heute an der Armutsgrenze und leiden unter gesundheitlichen Schädigungen. Deshalb ist es für den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten von großer Bedeutung, wie sich die durch die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze erreichten Verbesserungen für diesen Personenkreis in der Praxis auswirken.

Das gilt unter anderem für den Bundeshärtefallfonds, der seit dem 9. November 2025 zur Verfügung steht. Er soll Betroffenen von politischer Verfolgung in der DDR in wirtschaftlichen Notlagen unbürokratisch helfen. Auch wurden inzwischen die Rechtsverordnungen zur Anwendung der „Vermutungsregel" veröffentlicht, die durch die Gesetzesnovellierung in das Häftlingshilfegesetz (HHG), das Strafrechtliche und das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG bzw. VwRehaG) aufgenommen wurde. Die Vermutungsregel besagt, dass beim Vorliegen bestimmter schädigender Ereignisse und bestimmter gesundheitlicher Schädigungen ein ursächlicher Zusammenhang als wahrscheinlich vermutet wird. Damit können den Betroffenen zeit- und kostenintensive Begutachtungen erspart und der allgemeine Verwaltungsaufwand reduziert werden.

Es wird sich zeigen, wie die zuständigen Behörden und Ämter die Gesetzesänderungen in der täglichen Praxis umsetzen und ob es Nachschärfungsbedarf gibt. Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte wird die Entwicklung gemeinsam mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag und den Landesbeauftragten der ostdeutschen Bundesländer zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der kommunistischen Diktatur verfolgen.

2026 steht mit dem 65. Jahrestag des Mauerbaus ein wichtiges erinnerungspolitisches Datum an. Gemeinsam mit der Stiftung Berliner Mauer und Kulturprojekte Berlin wird der BAB am 13. August 2026 an das Ereignis erinnern, das die Stadt für fast drei Jahrzehnte teilte. Weiter gehen zudem die Planungen für die Freiheitsausstellung, die sich dem Aufbegehren gegen Mauern und Unterdrückung widmet, dabei besonders die kommunistische Diktatur in den Blick nimmt, aber auch heutige Diktaturen und autoritäre Systeme thematisiert.

Die angespannte Haushaltslage in Berlin und im Bund macht sich auch beim BAB durch einen gekürzten Haushalt bemerkbar. Wichtig war es dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten, dass trotz der Kürzungen im Gesamthaushalt die Ansätze für den Härtefallfonds in den Jahren 2026 und 2027 auf demselben Niveau wie 2025 gehalten werden konnten. Die Mittel für die Projektförderung konnten wegen bekannter Mehrbedarfe sogar leicht angehoben werden. Dass die Mitglieder des Abgeordnetenhauses in diesen Bereichen keine Kürzungen vorgenommen haben, weiß der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte zu schätzen, und spricht allen Beteiligten seinen Dank dafür aus.

8. ANHANG

8.1 Richtlinie Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte mit Wohnsitz im Land Berlin

Grundlagen des Härtefallfonds

Der Härtefallfonds für ehemals politisch Verfolgte in der SBZ/DDR bringt den politischen Willen zum Ausdruck, den Opfern der SED-Diktatur aus Gründen der Billigkeit und auf Grundlage des Senatsbeschlusses Nr. S-2903/2020 vom 14. Januar 2020 weitere Anerkennung und Unterstützung durch das Land Berlin zu gewähren. 30 Jahre nach der Deutschen Einheit leben ehemals politisch Verfolgte teilweise unter besonders schwierigen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedingungen. Nicht immer wird die benötigte Unterstützung durch bundesgesetzliche Regelungen oder bestehende Hilfesysteme in ausreichendem Maße geleistet. Hieran ändert auch die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze aus dem Jahr 2019 nichts, die auf die Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter zielt. Der Härtefallfonds soll in besonderen Notfällen helfen, die sonst nicht geregelt sind und somit durch das Raster fallen.

Zweck des Härtefallfonds

Die finanzielle Hilfe durch den Härtefallfonds soll ehemals politisch Verfolgte in besonderen Notsituationen unterstützen und dazu beitragen, bis heute anhaltende Folgen politischer Repression in der SBZ/DDR zu mindern sowie die soziale Integration zu verbessern. Der Härtefallfonds trägt keine laufenden Kosten.

Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind Personen, die ihren Wohnsitz im Land Berlin haben, nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen rehabilitiert wurden und in ihrer wirtschaftlichen Lage in besonderem Maße beeinträchtigt sind. Die Rehabilitierung ist durch eine entsprechende Bescheinigung nachzuweisen. Die wirtschaftliche Lage ist durch entsprechende Auskünfte und Belege nachzuweisen.

Allgemeine Regelungen für Unterstützungsleistungen

Die Gewährung von Unterstützungsleistungen ist mit folgenden allgemeinen Regelungen verbunden:
Die Unterstützungsleistungen sollen die bundesgesetzlichen Regelungen und bestehende sozialrechtliche Versorgungssysteme ergänzen, sie jedoch nicht ersetzen.
In der Regel werden Hilfen nur einmalig gewährt. Bei Entscheidungen über länger währende Maßnahmen, beispielweise im therapeutischen, medizinischen oder Aus- bzw. Weiterbildungsbereich, kann von der Regel abgewichen werden.
Falls einer Person bereits in der Vergangenheit eine Leistung aus einem Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte bewilligt wurde, gleich in welchem Bundesland, ist eine Antragstellung unzulässig.
Die Unterstützung soll möglichst nachhaltig sein. Nachhaltig sind Hilfen zur Selbsthilfe und Hilfen, die dauerhaft aus einer Problemlage herausführen.
Nicht gefördert werden laufende Ausgaben und Schuldleistungen.
Ein Rechtsanspruch auf finanzielle Hilfen aus dem Härtefallfonds besteht nicht.

Verfahren

Die Gewährung der finanziellen Hilfe erfolgt gemäß § 53 (Billigkeitsleistungen) Landeshaushaltsordnung (LHO) und in Anlehnung an §§ 23, 44 LHO nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel.

Antragstellung

Die Antragsberechtigten können sich mündlich oder schriftlich an den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten (BAB) wenden. Nach einem ersten Beratungsgespräch erhalten die Antragsberechtigten vom BAB zur Konkretisierung ein Antragsformular für ergänzende Angaben (z. B. zur finanziellen Situation). Der

Zweck, zu dem finanzielle Mittel beantragt werden, ist zu benennen und zu begründen sowie die Höhe der benötigten Mittel zu vermerken.

Antragsbearbeitung
Die Anträge werden durch den BAB geprüft. Gegebenenfalls werden Rücksprachen mit den Antragstellenden gehalten und dabei geklärt, ob ihr Unterstützungsbedarf nicht durch bundesgesetzliche Regelungen bzw. bestehende soziale Hilfesysteme gedeckt werden kann.
Zu jedem Antrag ist das Ergebnis der Antragsprüfung vom BAB zu vermerken. In dem Vermerk soll insbesondere auf die Verfolgung der Antragstellenden in der SBZ/DDR, ihre Rehabilitierung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, die Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Lage, die Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Maßnahme und die Höhe der Unterstützungsleistung eingegangen werden.
Der BAB erarbeitet zu jedem eingereichten Antrag ein Votum. Dieses bildet die Grundlage für die Entscheidung. Anträge, die nach dem 31. Oktober eines Kalenderjahres eingehen, können als Anträge für das Folgejahr behandelt werden.

Entscheidungsfindung
Über die Anträge entscheidet der Aufarbeitungsbeauftragte mit Unterstützung eines Beirats im Rahmen pflichtgemäßen Ermessens. Der Beirat ist ein unabhängiges Gremium, dem folgende Unterlagen vorgelegt werden:
alle eingegangenen Anträge, sofern sie vollständig sind und den allgemeinen Regelungen für Unterstützungsleistungen aus dem Härtefallfonds entsprechen, das vom BAB zu jedem Antrag erarbeitete Votum, die jeweils aktuelle Übersicht über die vorhandenen bzw. bereits ausgegebenen Haushaltsmittel des Härtefallfonds. Die verfügbaren Haushaltsmittel sind durch die Entscheidungsfindung nicht zu überschreiten.

Schriftliche Mitteilung über die Hilfe
Wurden Anträge positiv entschieden, erhalten die Antragstellenden eine vom BAB vorbereitete schriftliche Mitteilung, welche die persönlichen Daten des/der jeweiligen Antragstellenden, die Bezeichnung der konkreten Unterstützungsleistung sowie deren Begründung enthält. Die schriftliche Mitteilung benennt das Verfahren der Auszahlung der finanziellen Hilfe sowie das der Verwendungsnachweisprüfung.

Schriftliche Mitteilung über abgelehnte Anträge
Ist der Antrag abzulehnen, erfolgt auf schriftlichem Weg eine Mitteilung darüber an die Antragstellenden. Dabei werden die Gründe für die beabsichtigte Entscheidung erläutert, die Möglichkeit eines Gesprächs angeboten und eine Rücknahme des Antrags empfohlen. Wird der Antrag nicht innerhalb eines Monats zurückgenommen, ergeht ein Ablehnungsbescheid.

Auszahlung der finanziellen Hilfe
Die Auszahlung erfolgt in der Regel an die Leistungserbringerin bzw. den Leistungserbringer. In Ausnahmefällen ist es zulässig, die Zahlung auf das Konto der Antragstellenden zu tätigen.

Kontrolle der Umsetzung
Die Unterstützungsnehmenden haben die Verwendung der Mittel durch Originalbelege gegenüber dem BAB nachzuweisen.

Leistungsschwerpunkte

Beantragte Hilfen können dann gewährt werden, wenn sie einem der folgenden Leistungsschwerpunkte zugeordnet werden können:

Gesellschaftliche Integration
Dazu können beispielsweise Unterstützungsleistungen gehören, die nachhaltig die Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Erhalten Antragstellende weder von der Agentur für Arbeit noch gemäß § 6 Berufliches Rehabilitierungsgesetz eine ausreichende finanzielle Unterstützung, mit der ihnen eine Aus- bzw. Fortbildung ermöglicht wird, kann aus den Mitteln des Härtefallfonds eine Hilfe gewährt werden. Es können auch solche Aus- und Fortbildungen unterstützt werden, die in der DDR aus politischen Gründen versagt wurden und deren nachgeholte Absolvierung der bzw. dem Betroffenen hilft, eine Wunde zu schließen.

Unterstützung der medizinischen Hilfe
Unterstützt werden können unter anderem Maßnahmen, die zur Linderung von Gesundheitsschäden beitragen, soweit sie nicht von sozialen und medizinischen Hilfesystemen abgedeckt sind. Dazu gehören Therapien und Hilfsmittel, die nicht kassengestützt sind oder mit der Zahlung einer hohen Eigenbeteiligung verbunden sind.

Unterstützung von Schaffung und Erhalt selbstbestimmter Wohn- und Lebensmöglichkeiten
Unterstützt werden können beispielsweise der Umzug in eine behinderten- und altersgerechte Wohnung oder die behindertengerechte Ausstattung von eigenem Wohnraum, soweit dies nicht durch soziale Hilfesysteme übernommen wird.

Unterstützung durch technische Hilfen im Alltag
Die finanzielle Hilfe kann unter anderem die Anschaffung von technischen Ausstattungsgegenständen oder technischen Geräten betreffen, die geeignet sind, die selbstständige Lebensführung zu unterstützen, insbesondere bei körperlichen Einschränkungen. Voraussetzung ist, dass die Kosten nicht von anderen sozialen Hilfesystemen übernommen werden.

Kommunikationshilfen für die soziale Teilhabe
Unterstützt werden können zum Beispiel Anschaffungen und die Reparatur von Kommunikationsgeräten, die die soziale Teilhabe verbessern, wie Telefone oder Computer.

Unterstützung zur Verbesserung der Mobilität
Um die Selbstversorgung und das selbstbestimmte Leben nachhaltig durch die Förderung der Beweglichkeit aufrechtzuerhalten und zu verbessern, können beispielsweise Mittel für die Anschaffungen von Fahrrädern oder Rollstühlen gewährt werden, soweit die Kosten nicht von sozialen und medizinischen Hilfesystemen übernommen werden.

Beirat

Der Beirat besteht aus zwei Personen. Die Mitglieder werden vom Berliner Aufarbeitungsbeauftragten benannt. Der Beirat hat bei der Entscheidungsfindung beratende Funktion. Die Entscheidung über die Anträge obliegt dem Aufarbeitungsbeauftragten.

Ausschlussgründe

Eine finanzielle Hilfe aus dem Härtefallfonds wird Personen nicht gewährt, wenn diese gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße ihre Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht haben, oder sie wegen einer vorsätzlichen Straftat rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt wurden, sofern dies durch eine Auskunft aus dem Zentralregister belegt ist.

Bei Vorliegen konkreter Anhaltspunkte ist der BAB befugt, Antragstellende um die Vorlage eines Behördenführungszeugnisses zu bitten bzw. selbst gemäß § 31 Bundeszentralregistergesetz ein Behördenführungszeugnis einzuholen.

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft.

8.2 Übersicht BAB-Projektförderung 2025

Lfd. Nr.	Zuwendungsempfänger	Projektbezeichnung	Zuwendungshöhe (gerundet)
1	ABH e.V.	Beratung und Unterstützung für Menschen mit Haft- und Heimerfahrung in der DDR	76.858 €
2	Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.	Theaterprojekt „Monika Haeger – Inside Stasi“	5.945 €
3	ASTAK e.V.	Umbau der Dauerausstellung im Stasimuseum	170.834 €
4	Aufarbeitung Cottbus – ACB e.V.	Symposium „Was Menschen Menschen antun“ in Berlin	7.252 €
5	Axel Springer Freedom Foundation gGmbH	Ausstellung „China ist nicht fern“	50.000 €
6	Bündnis für Demokratie und Toleranz am Oder Vielfalt Marzahn-Hellersdorf e.V.	Kolloquium zur Erinnerung an den Menschenrechtsaktivisten Reimar Gilsenbach	2.700 €
7	Bürgerbüro e.V.	Beratung von Betroffenen der DDR-Jugendhilfe	158.497 €
8	Ettler & Stieler GbR	Produktion Vinyl-Compilation	6.750 €
9	Friedenauer TSC e.V.	34. Mauerfall-Turnier	7.000 €
10	Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus e.V.	Politische Bildungsarbeit, Ausstellungen und Betroffenenarbeit	134.004 €
11	Gegenwind e.V.	Beratungsstelle Gegenwind	387.953 €
12	Geschichtsbüro Müller	9. Prenzlauerberginale	22.537 €
13	hug films GbR	Animierter Dokumentarfilm „Wir wollten Rekorde“	5.000 €
14	Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V.	Wanderausstellung „Einweisungsgrund: Herumtreiberei. Disziplinierung in Venerologischen Stationen und Spezialheimen in der DDR“	1.000 €
15	Jetzt! Jetzt! Trafo! GbR	Performance „Verrat – Es hängt ein Grauschleier über der Stadt“	8.000 €

Lfd. Nr.	Zuwendungsempfänger	Projektbezeichnung	Zuwendungshöhe (gerundet)
16	KidBike e. V.	Audiowalk Gedenkort ehem. Frauengefängnis Barnimstr. 10	24.074 €
17	Koltermann, Tom	Druckkostenzuschuss „Rock im Osten“	5.443 €
18	Kulturprojekte Berlin GmbH	Konzeption der Ausstellung „Opposition und Widerstand“	43.000 €
19	Memorial Deutschland e. V.	Mobiles Soundsystem für Veranstaltungen	1.121 €
20	Olenik, Alexander	Druckkostenzuschuss „Die Kommandantur“	4.000 €
21	Robert-Havemann-Gesellschaft e. V.	Archiv der DDR-Opposition	663.568 €
22	Schatz & Schande e. V.	Performance zum Frauenzuchthaus Hoheneck „Ich bin mir selbst fremd geworden“	10.000 €
23	Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Projekttage zur historisch-politischen Bildung	14.235 €
24	UOKG e. V.	Beratung und Betreuung von Verfolgten der SED-Diktatur	241.100 €
25	UOKG e. V.	Webportal Zwangsarbeit in der Strafvollzugseinrichtung Rummelsburg	7.500 €
26	VOS e. V.	Opferbetreuung für in der DDR politisch Verfolgte	19.400 €
		Gesamtsumme für alle Projekte	**2.077.771 €**

8.3 Team

(Stand 31. Dezember 2025)

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Frank Ebert

Stellvertretender Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Dr. Jens Schöne

Geschäftsstelle
Aline Höhn

Leitungsreferenten
Dr. Anja Schröter
Dr. Philipp Schultheiß

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Cecilia Reible (Leitung)

Beratung
Jens Planer-Friedrich (Leitung)
Jana Bertels
Yvonne Laue
Ulrike Mohns

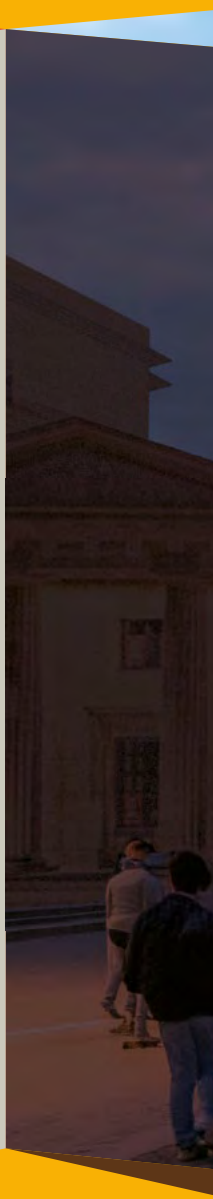
Historisch-politische Bildung
Dr. Andrea Bahr (Leitung)
Elena Demke
Michèle Matetschk-Delhaes

Allgemeine Verwaltung
Annett Schache (Leitung)
Katharina Städter
Jakub Stoinski
Selda Tosun

Bildnachweis

Alle Bildrechte liegen beim Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, mit Ausnahme der folgenden:

Titel: Senatskanzlei Berlin/Münstermann
S. 9, Mitte: xpress.berlin
S. 13, oben: Thorsten Fleisch
S. 14, oben: BAB/Rolf Walter
S. 16: Senatskanzlei Berlin/Laura Donath
S. 20: BAB/Rolf Walter
S. 23, oben re.: facts and fiction
S. 36: Motiv: Verena Postweiler, „geschichtscodes: Wir sind ein Volk!", Wettbewerb der Bundesstiftung Aufarbeitung 2005, Gestaltung: Dunkelau Lemke Stach
S. 40, Mitte li.: LAkD/Stefanie Wahl
S. 44: Deutscher Bundestag
S. 48: Pixabay/Geisteskerker
S. 50: KI-generiert mit Canva
S. 51: Robert-Havemann-Gesellschaft/Volker Döring/RHG_Fo_VDoe_50
S. 58–61: privat
S. 66, li.: Nicole Heinrich
S. 66, re.: Stasimuseum/John Steer
S. 67: Axel Springer Freedom Foundation
S. 68: Friedenauer TSC/Marcel Jüttner
S. 69, re.: Museum Pankow
S. 70, li.: Foto: Juliane Meckert, Grafik: Torsten Füchsel
S. 70, re.: Leonie Lange
S. 71: Ch. Links Verlag
S. 73: Fishing For Visuals



www.aufarbeitung-berlin.de